

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 4/2011



Recht: Ausbürgerung in den Osten

Vergessene Republik China

Hoheneck: Auf die Freiheit!

Aktuell

- 3 Unterstützung für Roland Jahn
 - Doppelt bestraft
 - Kaßberg als Gedenkstätte
 - Die Mauer war Krieg
 - Kommentar

Recht

- 4 Opferrente und Stiftungsleistungen
 - Die Gefangenenakten der DDR, Teil 7
- 5 Ausbürgerung in den Osten

International

- 6 Vorbereitung auf Wiedervereinigung
 - Die vergessene Republik China

Fragebogen

- 8 Fragen zum Thema „Freikauf“

Berichte

- 9 Abgestempelt
 - Treffen der Waldheimer
- 10 Der Bundespräsident in Hoheneck
- 12 Das Mißtrauen der Mächtigen
- 14 Die Tragödie von Tost

Verbände

- 15 Herber Verlust
 - Private Tafeln
 - Bitte gehen
 - Stolz auf Nachfolger?
 - Gedenkveranstaltung
 - Suchanzeige

Service/Bücher

- 16 Advocatus Diaboli?
 - Hoheneck – DVD
- 17 Doppelte Befreiung
 - Zersetzt
- 18 Spurensuche
 - Moderne Odyssee
- 19 Aufrechter Gang
 - Buchtip

Service/Veranstaltungen

17-19

Umschlagbild:

Mitten in der Nacht vom 12. zum 13. August ist es soweit. Schützenpanzer rollen durch das Brandenburger Tor, Uniformierte bilden eine Postenkette. Das Foto ist Teil der Ausstellung "Die Mauer. Eine Grenze durch Deutschland", anlässlich des 50. Jahrestages des Mauerbaus präsentiert von der Bundesstiftung Aufarbeitung und den Zeitungen BILD und Die Welt. Die 20 Plakate ermöglichen ein unkompliziertes Anbringen. Für 50 Euro ist die Ausstellung noch zu erwerben bei der Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstraße 5, 10117 Berlin, Tel. (030) 31 98 95-0, E-Mail buero@stiftung-aufarbeitung.de

Foto: ullsteinbild

„Stasi in die Produktion!“

Von Rainer Wagner

So lautete eine der wichtigsten Forderungen der Friedlichen Revolution 1989. Die Angehörigen der DDR-Staatssicherheit nannten sich Tschekisten, nach der Organisation ihres Idols Feliks Tserschinski – einer der Führer des bewaffneten Aufstandes der Bolschewiken während der sogenannten Oktoberrevolution, der die gerade entstehenden zarten Ansätze einer freiheitlichen Entwicklung im früheren Zarenreich in einem Meer von Blut und Tränen ertränkte. Der russische Lenin-Putsch von 1917 war der Anfang einer bis dahin unvorstellbaren Terrorherrschaft, die zeitweise fast ein Drittel der Welt unterdrückte und die mehr Menschenleben forderte als die Tyrannen des alten Roms, die mittelalterliche Inquisition und der Faschismus in seinen unterschiedlichen Spielarten zusammen, nämlich mindestens 80 Millionen.

Als 1989 der Kommunismus sang- und klanglos unterging, waren es besonders seine gewissenlosesten Vertreter, die Spitzel, Zuträger und hauptamtlichen Mitarbeiter der Geheimdienste, die ihren Einfluß in den neuen Gesellschaften zu sichern suchten. Die größte Karriere machte Putin. Aber auch in den anderen Staaten sitzen Altkader an den Schaltstellen der Macht. Sie haben es teilweise sogar geschafft, daß ehemalige politische Gefangene, wie z.B. in Bosnien, noch immer als vorbestraft gelten. Nicht zuletzt ihren Intrigen und Lügen verdanken die in „sozialistisch“ oder „sozialdemokratisch“ umbenannten kommunistischen Parteien Osteuropas, daß sie wieder regieren oder auf anderen Wegen Macht ausüben. Uns allen stößt bitter auf, daß Stasi-Leute und ihre Zuträger auch im demokratischen Deutschland in Führungspositionen von Polizei und Justiz, in der Wirtschaft und Verwaltung zu finden sind. Sie stellen Bürgermeister, Landtags- und Bundestagsabgeordnete. Ihr Einfluß ist überall spürbar: Straßen und Plätze vieler ostdeutscher Städte und Gemeinden tragen Namen kommunistischer Verbrecher, ihrer Helfer und Wegbereiter. Die Stasi-Seilschaften sorgten mit dafür, ihren ehemaligen Kampfgefährten horrenden Altersbezüge zu sicher, und verklären bis heute die DDR-Geschichte in der Öffentlichkeit, in Schulen und Medien.

Besonders unerträglich ist ihre Präsenz in der für die Aufarbeitung des Stasi-Unrechts zuständigen Institution, in der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes (BStU). Welchen Einfluß die Staatssicherheit zeitweise dort hatte, ergab ein von Staatsminister Neumann in Auftrag gegebenes Gutachten, aus dem hervorging, daß ein ehemaliger Oberst und ein ehemaliger Oberstleutnant des MfS gerade in den besonders brisanten IM-Verdachtsfällen Manfred Stolpe, Lothar de Maizière und Gregor Gysi mit Sonderrecherchen in der BStU beauftragt waren. Da wundert nicht mehr, daß einst der PDS, heute Linkspartei, aus dieser Behörde Stasi-Akten zugespielt worden sind.

Als Roland Jahn bei seiner Amtseinführung deutlich machte, er werde alle rechtsstaatlich möglichen Mittel einsetzen, um die verbliebenen 47 bekannten MfS-Mitarbeiter aus der BStU zu entfernen, brach ein Kesseltreiben gegen ihn los. Sicher sind nicht alle, die Roland Jahn teilweise ehrabschneidend beschädigen wollen, verkappte Stasi-Leute, aber offenbar doch das, was Lenin als „nützliche Idioten“ bezeichnete. Bemerkenswert ist, daß sie meist das Mitgliedsbuch jener Partei besitzen, die noch 1987 ein gemeinsames Strategiepapier mit der SED herausbrachte, die DDR-Staatsbürgerschaft anerkennen und die Zentrale Erfassungsstelle Salzgitter auflösen wollte. Einem Politiker gewährt man normalerweise 100 Tage Einarbeitungszeit, bis man sich gegebenenfalls mit Kritik an seiner Amtsführung äußert. Unser früherer Kamerad Roland Jahn bekam diese Chance nicht. Um so wichtiger ist es, daß wir solidarisch zu ihm stehen.

Vom 14. bis 17. Juni 2011 sind die Delegierten der Opferverbände aus Ost- und Südosteuropa auf Einladung der UOKG zum 19. Kongreß der Internationalen Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus in Berlin. Sie halten die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit und besonders deren Institutionen für vorbildlich. Sorgen wir dafür, daß dieser Ruf auch zu Recht besteht.

Unterstützung für Roland Jahn

(ts)Vertreter von Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen erklärten auf dem 15. Bundeskongreß der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen vom 27. bis 29. Mai 2011 in Dessau ihre Unterstützung für den Bundesbeauftragten (BStU). Die Beschäftigung von Mitarbeitern des MfS in der Behörde des BStU sei nicht akzeptabel. Dieser unhaltbare Zustand müsse schnell beendet werden. „Er wird nicht dadurch besser, daß er bereits seit den Gründungstagen der Behörde dauert. Die Beschäftigung von ehemaligen Stasi-Leuten belastet die Glaubwürdigkeit einer der wichtigsten Institutionen zur Aufklärung über die kommunistische Diktatur in der DDR.“ Verbände und Initiativen begrüßten ausdrücklich, daß der Bundesbeauftragte Roland Jahn das Problem seit seinem Amtsantritt deutlich benannt habe und sich um eine Lösung bemühe. Bundestag und Bundesregierung seien in der Verantwortung und aufgefordert, endlich andere Arbeitsbereiche für die ehemaligen Stasi-Mitarbeiter zu finden und die gesetzlichen Möglichkeiten dafür auszuschöpfen. ■

Doppelt bestraft

(uokg)Die schwarz-gelbe Koalition ist offenbar nicht bereit, rentenrechtliche Nachteile für Flüchtlinge und Übersiedler aus der DDR zu beseitigen. Wie die Mitteldeutsche Zeitung berichtete, blockt Bundesarbeitsministerin von der Leyen einen entsprechenden Antrag der SPD-

Bundesfraktion ab. Dazu erklärte Rainer Wagner, Vorsitzender des Dachverbandes der SED-Opferverbände: „Daß die ehemaligen DDR-Flüchtlinge, die ihr Eintreten für die Werte von Freiheit und Demokratie teilweise mit jahrelangen Haftstrafen oder mit vielfältigen Stasi-Schikanen und Beeinträchtigungen durch den DDR-Unrechtsstaat bezahlen mußten, mit dem bundesdeutschen Rentenrecht heute wieder bestraft werden, ist schlimm und unseres Rechtsstaates unwürdig. Daß sich aber heutige Politiker nicht entblöden, das zwischen der DDR und der Bundesrepublik durchgeführte Freikaufverfahren von politischen Häftlingen gegen deren Rentenansprüche aufzurechnen, ist eine boshafte Beleidigung und ein Schlag ins Gesicht derer, die der kommunistischen Diktatur am deutlichsten widerstanden.“ Nicht jedes DDR-Unrecht sei heute noch rückgängig zu machen. Neue Ungerechtigkeit jedoch, wie die rentenrechtliche Enteignung der ehemaligen DDR-Flüchtlinge, könne und müsse umgehend aufgehoben werden. ■

Kaßberg als Erinnerungsstätte

(FP)Weil der Brandschutz nicht gewährleistet war, wurde das Gefängnis auf dem Kaßberg in Chemnitz im vergangenen Herbst geschlossen. Der Freistaat Sachsen will den Komplex, der dem MfS auch als Untersuchungshaftanstalt diente, verkaufen. Interessenten gibt es bereits, Verkaufsgespräche wurden jedoch noch nicht geführt. In einem Interview mit der Freien Presse regte der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Roland Jahn,

an, daß die Chemnitzer Außenstelle seiner Behörde auf das Gefängnisgelände ziehen könne. Darüber hinaus solle auch eine Gedenkstätte dort entstehen. Von diesem, heute denkmalgeschützten Ort aus wurden politische Häftlinge aus der gesamten DDR in den Westen ausgebürgert, die zuvor für Devisen freigekauft worden waren. ■

Die Mauer war Krieg

(st)Am 20. Mai haben die ehemaligen DDR-Generäle Heinz Keßler und Fritz Streletz ihr Buch „Ohne die Mauer hätte es Krieg gegeben“ vorgestellt. Über die Intention läßt der Titel keinen Zweifel. Den Zeitpunkt der Veröffentlichung erklärte Streletz so: „Wir waren uns darüber im klaren, daß es im Zusammenhang mit dem 50. Jahrestag der Grenzsicherungsmaßnahmen in Berlin, kurz gesagt Mauerbau, wieder eine gewaltige Hetzkampagne durch die Massenmedien geben wird und sich sicherlich eine Reihe von Historikern zum sogenannten Mauerbau schriftlich äußern werden.“

Keßler ergänzte, das Buch verfolge den Anspruch, „der historischen Wahrheit die Bahn zu brechen und mitzuhelfen, ein realistisches Geschichtsbild zu vermitteln“. UOKG-Vorsitzender Rainer Wagner dazu: „Die historische Wahrheit ist: Die Mauer hat keinen Krieg verhindert, die Mauer selbst war Krieg – nicht gegen den Klassenfeind, sondern gegen das eigene Volk.“ ■

Kommentar

Brandenburg – die kleine DDR

In letzter Zeit erreichen uns fast täglich Meldungen aus dem Land Brandenburg, wonach wieder an dieser oder jener Stelle ehemalige Angehörige des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR in verantwortlichen Positionen entdeckt werden. Allein bei der Regierungsbildung des Herrn Platzeck waren sieben zu zählen, im Umfeld gibt es wahrscheinlich wesentlich mehr. Dabei sind diejenigen noch gar nicht eingerechnet, die ihre Stasi-Mitarbeit bereits offen zugegeben hatten und trotzdem ins Amt kamen.

Betroffenheit ist in Potsdam nicht zu bemerken, jedenfalls bei der Regierung nicht. Im Gegenteil, es werden jene angegriffen, die auf Grund vorliegenden eindeutigen Aktenmaterials die Kandidatur eines ehemaligen MfS-Zuträgers als Oberbürgermeister der Stadt Brandenburg ablehnen. Inzwischen weiß man von 152 Angestellten der Justiz in diesem Bundesland, die stasibelastet sind. Aber statt hier aufzuräumen oder sich wenigstens um Transparenz zu bemühen, zielt man auf die Behörde,

die immer wieder und glücklicherweise für Aufdeckung sorgt, und zur Zeit besonders auf deren neuen Leiter, Roland Jahn. Selbst der innenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Dieter Wiefelspütz, fühlt sich bemüßigt, Jahn auf unverschämte Weise zu kritisieren, weil der genau das vorhat, was in Brandenburg überfällig ist, nämlich Stasi-Leute aus sensiblen Positionen zu entfernen. Solche Mitarbeiter wurden in der Anfangszeit der BStU-Behörde eingestellt, warum auch immer, sind aber dem Ruf gerade dieser Institution ausgesprochen abträglich.

Roland Jahn hat immer wieder betont, daß er die Betroffenen weder entlassen kann noch will, jedoch vorhabe, sie mit vollem Respekt für die in den letzten 20 Jahren geleistete Arbeit an andere Stellen zu vermitteln. Ein solcher Schritt wäre in Brandenburg ebenfalls an der Zeit – der Rechtsstaat hat mehr Instrumentarien, als jene glauben machen wollen, die sich hinter ihm verstecken -, und er läge nicht zuletzt im Interesse aller Menschen, die auch in der DDR mit ehrlicher Arbeit durchgekommen sind.

Hans-Peter Schudt

Einkommen ist nicht gleich Einkommen

Die Opferrente schließt Stiftungsleistungen aus

Im Dezember letzten Jahres trat das vierte SED-Unrechtsbereinigungsgesetz in Kraft (s. Ausgabe 8/2010). Zwar hat die Novellierung manche Mißstände beseitigt, aber viele sind dennoch geblieben. Besonders fehlt es daran, auch das Leid bisher nicht oder nur unzureichend berücksichtigter Opfergruppen zu würdigen. Als Beispiele genannt seien die Zivildeportierten, die Opfer politischer Zwangsadoption oder auch die große Zahl jener, deren Leben durch das schreckliche Instrument der Zersetzung zerstört wurde.

Hier soll eine Personengruppe näher betrachtet werden, deren Schicksal besonders hart anmutet: Es sind diejenigen, die trotz Opferrente, eventuell auch trotz Ausgleichsleistungen nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz, ein Leben am Existenzminimum führen. Dabei handelt es sich um Menschen, deren Erwerbsbiographien durch lange Phasen der Arbeitslosigkeit geprägt sind. Dementsprechend erhalten sie nur eine geringe Altersrente. Häufig beträgt die Summe der Rente gerade einmal rund 350 €. Bei den SED-Opfern ist davon eine nicht geringe Zahl betroffen. Dies ist wenig überraschend, führte doch die politische Haft

in vielen Fällen dazu, daß die Betroffenen nicht mehr in der Lage waren, einen wirklichen Wiedereinstieg in das Berufsleben zu finden. Die psychischen Folgen der Haft - von Stefan Trobisch-Lütge treffend als „spätes Gift“ bezeichnet, daß sich in Kopf und Seele des Betroffenen ausgebreitet und festgesetzt hat - machten es unmöglich, wieder einer normalen Tätigkeit nachzugehen.

Bei diesen Personen ist die Opferrente nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Sie haben zwar 250 € mehr im Monat, für ein menschenwürdiges Leben reicht es aber trotzdem kaum, und unvorhersehbare finanzielle Belastungen stürzen sie schnell in akute Not. So liegt der Gedanke nahe, einen Antrag auf Unterstützungsleistungen bei der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge (Stiftung HHG) in Bonn zu stellen. Diese kann den Häftlingen zur Linderung einer Notlage Unterstützung gewähren. Mit ihrem geringen Einkommen lägen die Betroffenen auch weit unter der Bemessungsgrenze für die Bewilligung dieser Leistungen. Das Strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz jedoch hat die gleichzeitige Zahlung von Opferrente und Stiftungsleistungen untersagt.

Ein Beispiel: Einem ehemaligen politisch Verfolgten, der viele Jahre in Haft war, heute 250 € Opferrente erhält und damit monatlich auf 600 € kommt, sind die Leistungen der Stiftung verwehrt. Ein anderer ehemaliger Häftling, dessen Haftzeit weniger als sechs Monate betrug, der deshalb keine Opferrente bekommt, aber dessen Altersrente sich auf 600 € beläuft, kann auf die Unterstützung der Stiftung hoffen. Eine Ungleichbehandlung, die dem Stiftungszweck zuwiderläuft.

Der Gesetzgeber hatte die Chance, diesen Mißstand zu beseitigen. Während des Gesetzgebungsverfahrens im Jahr 2009 hat der Stiftungsrat darauf aufmerksam gemacht. Getan wurde nichts. Die Chance ging vorbei. Irgendwann kommt es wieder zu Nachbesserungen an den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen. Dann wird es eine Frage des politischen Willens sein, diese Benachteiligung abzuschaffen. Darauf sollten die Vertreter der ehemaligen politisch Verfolgten beizeiten hinarbeiten.

Florian Kresse, Jurist
UOKG e.V.

Die Gefangenenakten der DDR/ Teil 7 (Ende)

Alle Akten, die aus Untersuchungen des MfS – auch im DDR-Strafvollzug – resultieren, befinden sich beim Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Karl-Liebknecht-Str. 31/33, 10178 Berlin (siehe auch Einführungsartikel, der stacheldraht, 7/2010, S. 4).

Land Thüringen, 2. Teil

Thüringer Justizministerium
Werner-Seelenbinder-Str. 5
99096 Erfurt

- **Strafvollzugseinrichtung Untermaßfeld** – Zeitraum: 1952 bis 1960, aktueller Aufenthaltsort: JVA Untermaßfeld, Karl-Marx-Str. 8, 98617 Untermaßfeld; Zeitraum: 1961 bis 1970, aktueller Aufenthaltsort: JVA Tonna, Im Stemker 4, 99958 Tonna; Zeitraum: 1971 bis 1990 (ab 1978 vollständig vorhanden), aktueller Aufenthaltsort: JVA Untermaßfeld, Karl-Marx-Str. 8, 98617 Untermaßfeld; Zeitraum 1945 bis 1990 (teilweise Gefangenenakten überliefert), aktueller Aufenthaltsort:

Thüringisches Staatsarchiv Meiningen,
PF 10 06 54, 98606 Meiningen

- **Zweiganstalt Unterwellenborn, Strafvollzugseinrichtung Hohenleuben** – Zeitraum: 1961 bis 1970, aktueller Aufenthaltsort: JVA Tonna, Im Stemker 4, 99958 Tonna; Zeitraum 1971 bis 1975, 1987 bis 1991, aktueller Aufenthaltsort: JVA Hohenleuben, Gartenstr. 4, 07958 Hohenleuben
- **Untersuchungshaftanstalt Weimar** – Zeitraum: 1961 bis 1970, aktueller Aufenthaltsort: JVA Tonna, Im Stemker 4, 99958 Tonna (Angaben ohne Gewähr)

Bereits erschienen:

Land Berlin, Nr. 7/2010, S. 4

Land Brandenburg, Nr. 8/2010, S. 6

Land Meckl.-Vorpommern, Land Sachsen (1. Teil), Nr. 9/2010, S. 4

Land Sachsen (2. Teil), Nr. 1/2011, S. 5
Land Sachsen (3. Teil), Nr. 2/2011, S. 4

Land Sachsen-Anhalt, Nr. 2/2011, S. 5

Land Thüringen (1. Teil), Nr. 3/2011, S. 4

Ausbürgerung in den Osten

Ein Rechtsbruch und niemand will es gewesen sein

„Schon der Wunsch nach Freiheit, der Wunsch von Deutschland nach Deutschland zu gelangen, nicht erst der Versuch, sondern schon Ausreiseanträge und bloße Mitwisserschaft von Fluchtplänen konnten im Gefängnis enden. Kinder wurden in staatliche Heime gesteckt, ihren Eltern entfremdet und treuen Dienern des Regimes zur Adoption überlassen. Das Ende der Anpassung oder der Verzicht auf Anpassung an die Diktatur bedeutete für viele Hoheneck - auf Jahre!“ Das sagte der Bundespräsident Christian Wulff am 13. Mai 2011 auf Burg Hoheneck in Stollberg. Anlaß war der 20. Jahrestag der Vereinigung der Hohenecker Frauen. Die „Delikte“, die zur Gefängnisstrafe führten, sind uns heute als strafwürdige Vergehen nicht mehr vorstellbar.

Der Bundespräsident zeigt auf, was passiert ist und was passieren konnte. Viele Flucht- und Ausreisewillige werden das in dieser Deutlichkeit gewußt haben, bevor sie sich entschlossen. Sie wußten, daß es auch Zufall war - Laune der Regierenden, die Notwendigkeit, nach innen oder außen brutale Zeichen zu setzen -, ob sie ein derartiges Schicksal ereilte oder ob es ihnen erspart blieb. Auf dem Ausreiseantrag standen Name und Adresse. Wie sollten sie sich vor den Nachstellungen eines Staates schützen, der immerzu verehrt und nie verlassen werden wollte? Wulff nennt die Opfer in Hoheneck politische Häftlinge, aber er nennt kein anderes „Delikt“ als den Wunsch, die DDR zu verlassen. Und es ist eine Tatsache - politischer Widerstand zeigte sich zum großen Teil in der Flucht- und Ausreisebewegung.

Was geschah, wenn diese Menschen endlich, oft freigekauft, im Westen ankamen? Sie durchliefen ein Notaufnahmeverfahren und dabei auch ein Eingliederungsverfahren nach dem Fremdentengesetz (FRG). Damit entstanden Rentenanwartschaften der bundesdeutschen Rentenversicherung (wessen auch sonst?), die den im Westen erhaltenen Anwartschaften völlig gleichgestellt waren, sie waren damit auch als Eigentum vom Grundgesetz geschützt. Das Verfahren galt für alle, die aus der DDR kamen: für die Hunderttausenden, die bis zum Bau der Mauer vor 50 Jahren mit der S-Bahn in den Westen flohen,

für die Flüchtlinge, die nach dem Bau der Mauer ihr Leben wagten oder Gefängnis riskierten, um in die Freiheit zu gelangen, es galt auch für die Rentner der DDR, denen eine Besuchsreise genehmigt wurde und die von da nicht zurückkamen, sondern fortan als Rentner im Westen lebten. Das natürliche Ende dieser Eingliederung wäre der Fall der Mauer gewesen, aber dann hätte Willy Brandt am 9.11.1989 im Bundestag nicht das „Einigkeit und Recht und Freiheit...“ anstimmen dürfen, sondern ein „Endlich Schluß mit FRG...“, was dem Augenblick nicht angemessen gewesen wäre. So endet die Eingliederung nach FRG für alle, die aus der DDR kamen, nicht am 09.11.1989, sondern mit dem Staatsvertrag vom 18.05.1990. Für die in der DDR Gebliebenen wurde mit gleichem Vertrag die Schaffung eines neuen Gesetzes, des späteren Rentenüberleitungsgesetzes (RÜG), vereinbart.

Ab Ende der neunziger Jahre bemerkten einige Flüchtlinge, meist durch Zufall, daß man ihre Rentenverläufe massiv verändert hatte. Statt der Anwartschaften mit FRG fanden sie völlig andere Anwartschaften nach dem Sozialversicherungsausweis der DDR (SVA). Tatsache ist, daß die Rentenversicherungen für alle Versicherten, die am 19.05.1990 in der alten Bundesrepublik lebten und Arbeitszeiten in der DDR hatten, diese Arbeitszeiten nach den für die ehemalige DDR geltenden Regeln umgewandelt haben. Damit fand eine Ausbürgerung der Flüchtlinge Richtung DDR statt. Das hat meist verheerende Folgen, weil die Flüchtlinge natürlich keine freiwillige Zusatzversorgung (FZR) der DDR hatten, die häufig die Anwartschaften verdoppelt. Für Flüchtlinge ohne FZR ergeben sich jährliche Anwartschaften von etwa 0,7 Entgeltpunkten, ein Wert, den die Stasi bekommen sollte, aber nicht bekommt. Sie bekommt 1 Entgeltpunkt, das sind 40 Prozent mehr.

Seit Ende der neunziger Jahre ist das Problem bekannt, es wurde dem Petitionsausschuß gemeldet, es gab Widersprüche und Gerichtsverfahren, Abgeordnete wurden informiert, der Bundesrat weiß Bescheid, der Bundestagspräsident weiß keinen anderen Ausweg, als immer wieder den Petitionsausschuß zu informieren, die Bundeskanzler, die Sozialminister, Justizminister, Innenminister

wurden auf den Rechtsbruch hingewiesen. Alle antworteten mit Textbausteinen einer Abteilung im Sozialministerium, alle mißverstehen nach Kräften. Auch der Bundespräsident, der doch offenbar weiß, was Flucht und Ausreise bedeuteten.

Solch eine Untat kann man nicht über 12 Jahre mißverstehen. Es gibt Menschen, die diesen Frevel veranlaßt haben. Wir müssen erfahren, wer das war und warum das getan wurde. Es gibt kein Gesetz, daß diese Tat fordert, das bestätigen viele Abgeordnete des Deutschen Bundestages der 12. Wahlperiode, die angeblich das Gesetz „gegeben“ haben. Folglich ist sie ungesetzlich. Es gibt Vermutungen, wer das wann warum getan hat. Das Sozialministerium hat vor dem Berliner Verwaltungsgericht bestätigt, daß es keine Befugnis hatte, derartiges anzuweisen. Wer also war es dann? Die Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge IEDF ist im Internet zu finden. Unter www.flucht-und-ausreise.info ist eine große Zahl von Dokumenten zum bisherigen Kampf veröffentlicht. Lesen Sie - es ist kein Ruhmesblatt für unseren Rechtsstaat.

Lothar Gebauer

Das Geld gleicht dem Seewasser. Je mehr davon getrunken wird, desto durstiger wird man.

Arthur Schopenhauer

Nicht immer, die Abo-Gebühren bleiben vorerst stabil.

Deshalb: Bitte spenden Sie für den STACHELDRAHT, und werben Sie Spender und Abonnenten.

Für Spenden gibt es kein Limit, und jedes Abo hilft. Das Jahresabonnement mit 9 Ausgaben kostet 9,-Euro.

Name und Anschrift an die Redaktion senden, Überweisungen bitte auf das Konto BSV-Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-Abo“ oder „Stacheldraht-Spende“.

(Für UOKG-Mitglieder besteht keine Zahlungspflicht.)

Seoul: Vorbereitungen zur Wiedervereinigung

Bekanntlich wurde West-Deutschland 1989 vom Zusammenbruch der DDR völlig überrascht. Die heutige Standard-Ausrede, dieser sei „unvorhersehbar“ gewesen, ist angesichts der überaus vielen Hinweise des Bundesnachrichtendienstes leicht zu widerlegen. Bonn war auch nach dem Fall der Berliner Mauer in keiner Weise vorbereitet. Die Bundesbeamten, die in der Ex-DDR ein neues Rechts- und Verwaltungssystem aufbauen sollten, gehörten häufig nicht zu den Besten – vor allem besaßen sie kaum nähere Kenntnisse über den östlichen Teil Deutschlands, ihre oft anzutreffende „Sieger“-Mentalität ließ die Entfremdung eher stärker werden.

In der seit 1945 von der Außenwelt völlig abgeschnittenen „Demokratischen Volksrepublik Korea“ bestehen diese Gefahren bei einem Kollaps des Regimes und einer Wiedervereinigung um so mehr. Süd-Korea hat daher im April begonnen, rund

1000 ausgesuchte politische Flüchtlinge aus dem Norden einem viermonatigen Programm zu unterziehen. Sie sollen mit ihrem Wissen und ihren Erfahrungen aus der Diktatur Pjöngjangs bei solchen Umwälzungen als „menschliche Brücken“ zwischen der Bevölkerung in Nord und Süd dienen, Verwirrungen und Mißverständnisse zu vermeiden helfen und ein besseres Verständnis der beiden Landesteile für einander erzeugen. Am Ende ihres Trainings steht jeweils ein Besuch früher getrennter Staaten, wie Vietnam und gerade auch Deutschland, um an Ort und Stelle die Erfolge der erzielten Einheit, aber ebenfalls die dabei begangenen Fehler und Versäumnisse zu studieren.

Von der deutschen Presse seltsamerweise unbeachtet, trafen am 9. Mai 2011 in Berlin der süd-koreanische Präsident Lee Myung-bak und Bundeskanzlerin Angela Merkel zusammen. Beide versprachen eine Zusammenarbeit ihrer Länder in al-

len Fragen der Wiedervereinigung und unterzeichneten einen Vorvertrag zwischen dem deutschen Bundesinnenministerium und dem süd-koreanischen Wiedervereinigungsministerium. Danach wird Seoul umfangreiche Unterlagen über die Vereinigung Deutschlands erhalten sowie viele Dokumente aus diesen Jahren, speziell über den Aufbau in den neuen Bundesländern und die soziale Integration der Menschen dort. Damalige deutsche Politiker und Experten, die jene Zeitspanne in führenden Positionen miterlebten, werden zu einem Diskussionskongreß eingeladen, der im September 2011 in der süd-koreanischen Hauptstadt stattfinden wird.

Ende April dieses Jahres wurden mit Hilfe großer Luftballons erneut über 200 000 Flugblätter nach Nord-Korea verschickt...

Friedrich-Wilhelm Schlomann

Die vergessene Republik China

Taiwan – Freiheit auf Zeit oder demokratisches Modell?

Die chinesische Menschenrechtlerin Jing Wang, der Pressechef der Taipeh-Vertretung in Deutschland, Wen-chiang Shen, und der ehemalige politische Häftling der DDR und Autor, Alexander W. Bauersfeld, diskutierten am 3. Mai in der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus/Stalinismus über eine demokratische Alternative zu Rot-China. So hatte wieder einmal das Publikum der Gedenkbibliothek die Möglichkeit, gemeinsam mit den Referenten einen Blick auf die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse weit hinter den Grenzen der früheren DDR und der Ostblockstaaten zu werfen. Vermutlich ist nicht vielen

Menschen in Deutschland bekannt, daß die Pazifik-Insel Taiwan die rechtmäßige Nachfolgerin der Republik China und mit ihren 23 Millionen Einwohnern größer als die DDR ist. Dieses Jahr feiert sie sogar ihr 100jähriges Bestehen. Zugleich stellt sie auch eine demokratische Alternative zur kommunistischen Volksrepublik China dar. Dennoch erkennen nur wenige Staaten, darunter der Vatikan, die frei gewählte Regierung Taiwans diplomatisch an. So wird auch Wen-chiang Shen von der Berliner Taipeh-Vertretung von seinen chinesischen Botschaftskollegen gemieden.

Der ausgewiesene Asien-Experte Alexander W. Bauersfeld, der die lebhaft und spannende Diskussion äußerst fachkompetent moderierte, gab eine kurze Einführung in dieses komplexe Thema. Zunächst wies er auf die Systemunterschiede zwischen Rot-China und Taiwan hin. Während in der Volksrepublik China die kommunistische Partei das Heft in der Hand hält, keine unabhängige Justiz zuläßt, grundlegende Menschen- und Freiheitsrechte mit Füßen tritt und somit in „trauter Gemeinschaft mit Nord-Korea“

steht, gibt es in Taiwan ein Mehrparteiensystem, demokratische Wahlen, eine handlungsfähige Opposition und die Garantie der Freiheitsrechte. „Man kann sagen, daß die Pressefreiheit in der Republik China umfassender ist als die Pressefreiheit in Bulgarien“, stellte Bauersfeld heraus. „In der Volksrepublik China dagegen sitzen Zehntausende Menschen unter schlimmsten Bedingungen in Gefängnissen, und Tausende weitere Häftlinge warten auf ihre Hinrichtung. Dort geschehen Dinge, die ich selber in der DDR erleiden mußte. Daher gilt den Verfolgten meine Solidarität und Sympathie.“

Dem stimmte die 1973 in Peking geborene Frau Jing Wang zu, die die unterschiedlichen Denkweisen in China und Taiwan durch folgendes Beispiel veranschaulichte: „Die Bürger Taiwans sind sich bewußt, Steuerzahler zu sein. Ein Chinese dagegen würde fragen: ‚Haben wir so etwas?‘ Das heißt, sie wissen nicht, wie viele Steuern sie zahlen und glauben, das Regime täte ihnen mal wieder etwas Gutes, wenn es irgendwelche Verbesserungen mit dem Geld der Menschen durchführt.“



Taiwan – 35 800 Quadratkilometer, südöstlich des chinesischen Festlands.

Wang, die in ihrer Pekinger Studentenzeit staatskonform und unbehelligt gelebt hatte, machte zudem auf das enorme Informationsdefizit in ihrem Heimatland aufmerksam. Sogar ihre Schwester hat über ihre persönlichen Erlebnisse und ihr Wissen um Verfolgung und Unrecht jahrelang geschwiegen. Aus Angst, wie Wang betonte. Sie selber hielt sich aus Unwissenheit an die Vorgaben, glaubte der Propaganda – und erhielt 1996 einen Reisepaß, um ihr Studium in Deutschland fortsetzen zu können. Ein folgenreicher Einschnitt. Ihre Begegnung mit gelebter Demokratie bewirkte bei ihr eine politische Kehrtwende. Von nun an versuchte sie, auf die desolante Menschenrechtssituation aufmerksam zu machen, vor allem durch ihre Artikel in der Zeitung „Epoch Times“. Ihr Augenmerk richtete sie besonders auf die Verfolgung von Falun-Gong-Praktizierenden, einer Anfang der neunziger Jahre entstandenen religiösen Bewegung, die, so Wang, keinerlei politische Ziele habe und mit einem Yoga-Zusammenschluß vergleichbar sei, auf gar keinen Fall aber mit einer Sekte. Während sie in Taiwan wegen der dort garantierten Religionsfreiheit ungestört ihren Glauben leben könnten, gehe das Pekinger Regime erbarmungslos gegen die Anhänger von Falun Gong vor. Aus Sicht der Kommunisten handele es sich bei Falun-Gong-Praktizierenden um Geistesranke und Mörder, also um Staatsfeinde.

Wang berichtete von einem Doktoranden, der sich mutig weigerte, die Bewegung zu verlassen. Daraufhin wurde er der Universität verwiesen, fand aber keine Arbeitsstelle, weil er schriftlich hatte versichern müssen, nichts mehr mit Falun Gong zu tun zu haben. Eines Tages verschwand er spurlos. Sechs Monate lang hörte seine Familie nichts mehr von ihm. Der Gerichtsprozeß fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt – die Familie erhielt falsche Angaben über Ort und Zeit des Prozesses. Das Urteil konnte härter nicht sein – acht Jahre Haft. Der Richter warf ihm sowohl vor, auf seinem Computer Informationen über Falun Gong gespeichert zu haben, als auch, sie anderen zur Verfügung gestellt zu haben. „Ein Leben im Gefängnis ist geprägt von grausamster Folter. Schlafentzug, wobei sich der Häftling drei Tage lang aufrecht hinstellen und beim Einnicken schlimmste Schläge ertragen muß, härteste körperliche Arbeit im Sommer, stundenlanges Stehen im Winter ohne Kleidung. Nur selten dürfen Familienangehörige die Gefangenen besuchen. So war es auch

im Fall des Doktoranden. Vor kurzem ist er Gott sei Dank entlassen worden, aber nun ist seine Frau verschwunden“, erzählte Wang. Auch sie selber blieb von Repressalien nicht verschont, doch seitdem sie und ihr Mann 2005 einen deutschen Paß erhalten haben und offiziell eingebürgert sind, kann ihr nicht mehr viel passieren. Allerdings verwehren ihr die chinesischen Behörden die Einreise nach China. „Es ist schon kurios: Wir dürfen nach China, können aber nicht mehr dorthin, weil wir kein Visum erhalten.“ Dennoch fühlt sie sich nach wie vor ihrem Geburts- und Heimatland sehr verbunden und sieht sich weiterhin als Chinesin.

Nicht so Wen-chiang Shen. Als er 1996 China besuchte, wurde ihm bewußt, daß er sich nicht als Chineser fühlt. Statt dessen sieht er seinen Platz im demokratischen Taiwan, das allerdings vom übermächtigen Schatten Rot-Chinas permanent bedroht ist. Die derzeitige Regierungspartei lehnt sogar die Unabhängigkeit von der Volksrepublik ab, während die Opposition auf die Eigenständigkeit der kleinen Insel pocht. Wen-chiang Shen zeigt sich den Forderungen der Opposition zwar aufgeschlossen, glaubt aber nicht an deren Realisierung. Im Gegenteil, er fürchtet im Falle einer Unabhängigkeitserklärung gewaltsame Auseinandersetzungen mit der Volksrepublik. Demgegenüber hofft er wegen der gegenwärtigen engen wirtschaftlichen Verflechtungen auf die Entstehung einer Mittelschicht, die im Laufe der Zeit vielleicht auf mehr Demokratie hinwirken könnte.

Frau Wang hingegen ist zuversichtlicher und davon überzeugt, daß das westliche Demokratiemodell auf China zu übertragen sei. Sicher, China ist sehr groß und, wie Bauersfeld herausstellte, angesichts der brutalen Niederschlagung der Proteste auf dem Platz des Himmlischen Friedens 1989 durchsetzt von Mißtrauen und Angst. Dennoch wagen es immer mehr Menschen, offen ihre Unzufriedenheit mit ihrem Leben zu zeigen und Kritik am Regime zu äußern. „So gab es 2009 bereits über 8700 Aufstände, die groß angelegt waren und an denen sich sehr viele Menschen beteiligten“, referierte Frau Wang. „Daher geht es nicht darum, wie China demokratisch wird, sondern es muß demokratisch werden.“ Sie setzt auf die chinesischen Exil-Intellektuellen sowie auf das Verantwortungsbewußtsein und den Mut derjenigen, die jetzt noch im Lande schweigen. „Ich denke, das sind die Zukunftsträger, die im rech-

ten Moment die Führung des Landes übernehmen und es demokratisieren werden.“ Hinzu komme das Vordringen der Informationstechnologie, die ja auch in den arabischen Staaten die Umstürze vorangetrieben habe. „Daher denke ich, daß der Umbruch nicht mehr in weiter Ferne liegt. Vielleicht geschieht er in fünf Jahren, vielleicht aber auch schon in einigen Monaten“, so Wang. In diesem Zusammenhang erinnerte Alexander W. Bauersfeld an die Prognose eines Wissenschaftlers im Sommer 1989, der den Zusammenbruch der Sowjetunion



Das Amtsgebäude des Staatspräsidenten in Taipeh ist traditioneller Sitz der höchsten politischen Macht in Taiwan.

spätestens bis zur Jahrtausendwende erwartete. Bekanntlich ist der Untergang bereits zwei Jahre später passiert.

Wie auch immer die Zukunft Chinas aussehen mag: Das am Schluß der Veranstaltung von Alexander W. Bauersfeld vorgelesene Zitat des PEN-Mitglieds Chen Maiping ist zeitlos. Der Schriftsteller schrieb am 10. Dezember 2010, am Tag der Menschenrechte: „Aber die größte menschliche Katastrophe des 20. Jahrhunderts ist die Herrschaft der kommunistischen Parteien in vielen Ländern, die in den Tod von Hunderten von Millionen Menschen führte, viele Male mehr Menschen, als von den deutschen Faschisten getötet wurden. Die KP Chinas ist ein Feind der Demokratie und der Freiheit, ein Feind der Menschenrechte und ein Feind der Völker der Welt.“ Dem ist nichts mehr hinzuzufügen.

Fragebogen zum Freikauf

Für eine Doktorarbeit führe ich eine Befragung ehemaliger politischer Häftlinge durch. 1975 bin ich selbst durch Freikauf in den Westen gekommen, ich war wegen „Hetze“ inhaftiert.

Die Befragung dient ausschließlich wissenschaftlichen Zwecken, die personenbezogenen Daten werden selbstverständlich vertraulich behandelt. Wenn Sie eine Frage nicht beantworten können oder wollen, machen Sie bitte einen Strich.

Die nummerierten Antworten auf einem gesondertem Blatt schicken Sie bitte an die Redaktion „der stacheldraht“, Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin, oder direkt per E-Mail an lippmann@stasimuseum.de. Selbstverständlich sende ich Ihnen den Fragebogen auch in elektronischer Form zu, wenn Sie per E-Mail Kontakt mit mir aufnehmen. Dann ist die Rücksendung technisch einfacher. Schon jetzt meinen Dank für Ihr Engagement.

Bernd Lippmann

Fragekomplex zur Person

- 1) Name, Vorname, Geburtsdatum
- 2) In welchem Ort wohnen Sie zuletzt in der DDR?
- 3) Was ist Ihr erlernter Beruf?

Fragekomplex zum Strafverfahren

- 1) Wann wurden Sie inhaftiert?
- 2) In welcher Untersuchungshaftanstalt waren Sie?
- 3) Wann wurde das Urteil gesprochen?
- 4) Was wurde Ihnen vorgeworfen, welche Paragraphen wurden zugrunde gelegt?
- 5) Wie hoch war das Strafmaß?
- 6) Wer hat Ihre Rechtsvertretung wahrgenommen?
- 7) In welcher Strafhaftanstalt waren Sie?
- 8) Wann wurden Sie aus der Haft entlassen?
- 9) Wurden Sie in die BR Deutschland oder in die DDR entlassen?
- 10) Auf welchem Wege geschah ggf. Ihre Entlassung in die BR Deutschland? (Mit dem Bus aus der Sammelstelle KMS, mit dem Zug oder über Berlin mit RA Vogel)
- 11) Haben Sie die Situation in der MfS-Untersuchungshaft als psychische Folter empfunden?
- 12) Wurden Sie durch Schläge etc. körperlich mißhandelt?
- 13) Wurden Sie in der Haft von Mitgefangenen bespitzelt?
- 14) Wurden Sie nach Ihrer Haftentlassung durch das MfS bespitzelt?

Fragekomplex zum Thema „Freikauf“

- 15) War unter den Häftlingen zu Ihrer Zeit der Freikauf bekannt?
- 16) Wie bewerten Sie die Geheimhaltung im Zusammenhang mit dem Freikauf?
- 17) Wie bewerten Sie die Tätigkeit der politischen Organisationen wie IGfM, ai, VOS, die sich für die Gefangenen in der DDR einsetzten?
- 18) Wie bewerten Sie die Rolle von RA Wolfgang Vogel?
- 19) Hat der Freikauf Ihrer Meinung nach dem SED-Regime im Hinblick auf die Stabilität seines Staates eher genutzt oder eher geschadet?
- 20) Wie bewerten Sie den Freikauf heute politisch im Rückblick, zustimmend oder ablehnend?
- 21) Halten Sie die wissenschaftliche Bearbeitung des Themas „Freikauf“ für sinnvoll und notwendig?

Abgestempelt

(st)Seit Herbst vergangenen Jahres wird das Haus 1 des Komplexes des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit der DDR in der Berliner Normannenstraße saniert. Es war bis 1989 der Dienstsitz Erich Mielkes. Seit 1990 befanden sich in dem Gebäude das „Stasimuseum“ mit Ausstellungen und der Originalausstattung des Mielke-Büros sowie zahlreiche Opferverbände mit Beratungsstellen für ehemalige politisch Verfolgte.

Nach Beendigung der Sanierungsarbeiten 2012 werden Museum und Verbände, die derzeit in anderen Gebäuden des früheren MfS-Geländes untergebracht sind, wieder einziehen. Hinzukommen soll ein Dokumentations- und Bildungszentrum „Repression in der SED-Diktatur“.

Im Zuge der Grundsanierung des denkmalgeschützten Baus wurde auch ein Ge-

staltungswettbewerb „für künstlerische Interventionen im Außenbereich“ ausgeschrieben. Sie sollen die Außenwirkung des Museums erhöhen, seine Auffindbarkeit und die „Sichtbarmachung des Ortes“ verbessern.

Im März 2011 wurde der Siegerentwurf vorgestellt. Die Jury entschied sich für die Arbeit von raumlabor Berlin. Ein Stempelabdruck zieht sich über den Vorplatz, das Vordach und das Hauptdach des Gebäudes: „INGEGANGEN am ...“. Dieses Sinnbild bürokratischer Vorgänge soll einerseits auf die verwaltete Repression mit ihren Hierarchien, Akten und Registaturen hinweisen, andererseits markiert die Mehrdeutigkeit des Wortes „eingegangen“ auch das Ende eines Unterdrückungsapparates. Bei der Umsetzung des Entwurfs könnte allerdings die Realität Probleme bereiten: Tagsüber, also zu den Öffnungszeiten des Museums, ist der Vorplatz mit Reisebussen und Pkws vollgestellt, und deshalb sind die ersten



Foto: N. Radlitz

Die Gestaltungsidee am Modell.

beiden Silben nicht zu sehen. Den Rest des Schriftzuges auf den Dächern kann man ohnehin nur aus der Vogelperspektive lesen. Aber es gibt ja noch Google Earth und Rundflüge über Berlin.

Treffen der Waldheimer

Am 28. und 29. April 2011 fand in Calw das Treffen des Waldheim-Kameradschaftskreises statt. Benno Prieß, der verdienstvolle Leiter dieses Kreises, hatte dazu eingeladen – und alle kamen, manche von weither, 500 km, andere wegen starker gesundheitlicher Beeinträchtigungen nur einige Stunden – aber sie waren eben da. Auch unser wohl Ältester, im stolzen Alter von 91 Jahren, war munter und frisch mit dabei.

Anders als bei bereits länger zurückliegenden Tagungen, wie z.B. in Schönerstadt, Waldheim und Oranienburg, stand dieses Mal kein bestimmter Vortrag im Mittelpunkt der Veranstaltung, sondern in dem gut ausgewählten Hotel und Restaurant Rössle in Calw und seiner angenehmen Atmosphäre waren die individuellen Gespräche, Austausch guter und auch sehr schmerzlicher Erinnerungen sowie die Pflege persönlicher Kontakte Kern des Treffens.

Benno Prieß verteilte als Zeitzeuge Hefte in ansprechender und praktischer Form über die Verhaftung Jugendlicher aus dem Kreis Güstrow, vorwiegend im Jahr 1946, und deren weiteres Schicksal in den Speziallagern. Fotografien vom Gedenken bis zum Jahr 2010 machen das fürchterliche Geschehen sehr anschaulich.

Die unsäglichen Leiden der Opfer der Waldheim-Prozesse zeigt beispielhaft der Film „Wir sprechen hier Recht! SED-Justiz in Waldheim“. Leider kam es bei der Auf-führung des Films während der zentralen Veranstaltung in Berlin zu kaum vermeidbaren Störungen – auch das war Gegenstand der Gespräche.

Eine zweite Besonderheit des Treffens in Calw war die Wahl des Tagungsortes. Die meisten der Teilnehmer waren so bald wie möglich nach ihrer Entlassung aus den Zuchthäusern der „DDR“ in das Land Baden-Württemberg gegangen oder geflohen und haben sich dort eine neue Existenz aufgebaut. Ihr Lebensalter ist nun fortgeschritten und das Reisen

mehr oder weniger beschwerlich. Deshalb war Calw als Tagungsort für die meisten günstig. Wir wünschen uns alle eine Fortsetzung solcher Veranstaltungen.

Horst Krüger

Gespenster



Foto: Dirk Jungnickel

Diese Aufnahme in unmittelbarer Nähe der Gedenkstätte Buchenwald wurde nicht an einem Filmset gemacht und entstand auch nicht in den 70er oder 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Sie stammt vom 17. April 2011 und zeigt garantiert keine Personen, die sich näher mit der Geschichte des Speziallagers Buchenwald beschäftigen wollen.

Ein Gläschen auf die Freiheit

Der Bundespräsident bei den ehemaligen Hoheneckerinnen

Von Ellen Thiemann

Was für ein Tag! „Bitte hier entlang.“ „Lassen Sie mich kurz vorbei.“ „Moment, treten Sie bitte zurück.“ Das hätten sich die ehemaligen DDR-Häftlinge nicht träumen lassen, eines Tages am Ort ihrer einstigen Peinigungen höfliche Anweisungen vom Personenschutz eines Bundespräsi-

und einigen Kameradinnen, Bundestags- und Landtagsabgeordneten sowie von Vertretern von Institutionen begrüßt. Wulff schien bestens vorbereitet, denn er sprach einzelne Frauen gezielt auf deren Erlebnisse in Hoheneck an.

Nach der Begrüßung schritt der Bundespräsident, begleitet von der Ministerin für Wissenschaft und Kunst des Freistaates Sachsen, Prof. Dr. Dr. Sabine Freifrau von Schorlemer, zwei einstigen Hoheneck-Insassinnen, dem Oberbürgermeister Marcel Schmidt, Vertretern der Stiftung Aufarbeitung und der UOKG zur feierlichen Kranzniederlegung an den Gedenkstein und legte ein Gebinde mit weißen Gerbera, weißen Kallas und roten Anthurien nieder. Bereits am Tag zuvor hatte der Frauenkreis traditionell zur Eröffnung des Jahrestreffens seiner toten Leidensgefährtinnen gedacht. „Ich war sehr bewegt, als ich meine Blumen plazierte“, erklärte die langjährige Kassenführerin Angelika Grünewald, „weil ich in Gedanken auch bei unserer Gründerin Maria Stein weilte.“

Beim Rundgang durch den mittelalterlichen Koloß erläuterten neben dem Besucherführer Theo Schreckenbach auch Inge Naumann und weitere Zeitzeuginnen dem Bundespräsidenten den menschenunwürdigen Alltag mit Zwangsarbeit, überbelegten Zellen und brutalen Attacken des Personals. „Beklemmend“, konstatierte Wulff kopfschüttelnd, als er von

den perfiden Foltermethoden mit Dunkel- und Wasserzellen hörte. Auch den Journalisten sah man ihr Entsetzen an, als wir diesen Gefängnistrakt verließen und uns zum Kirchen- und Kinosaal begaben.

Dort warteten bereits zahlreiche Ehrengäste und die Frauen von Hoheneck auf den bevorstehenden Festakt. Am Vormittag hatte an diesem Ort ein vielbeachtetes Zeitzeugenforum stattgefunden. Vor rund 50 Studenten der TU Chemnitz und deren Dozenten Professor Robert Kreitz und Professorin Dr. Dr. Ute Neuss berichteten Anita Kutschkau, Dr. Ute Steinhäuser, Ellen Thiemann, Inge Naumann und Eike Radewahn aus ihrer Haftzeit zwischen 1966 und 1985.

„Es ist erst 22 Jahre her, daß die letzten politischen Gefangenen 1989 aus Hoheneck befreit wurden“, erinnerte der Bundespräsident in seiner einfühlsamen Gedenkrede, „und doch erscheint es uns in unserer schnelllebigen Zeit als eine Geschichte aus dem letzten Jahrhundert. Deshalb ist es wichtig, daß wir die Erinnerung weitergeben und wach halten.“ Auch die Ansprachen von Ministerin Schorlemer, Inge Naumann und OB Marcel Schmidt hinterließen einen tiefen Eindruck.

Weiter ging es im minutiös geplanten Programm mit der Vorführung des von der Bundesstiftung Aufarbeitung geför-



Bevor Bundespräsident Christian Wulff am Gedenkstein einen Kranz niederlegte, begrüßte er einige Teilnehmer des Treffens: (v.r.) Lutz Rathenow, LStU des Freistaates Sachsen, Roland Jahn, BStU, Anita Kutschkau, ehemalige Hoheneckerin, inhaftiert 1966/67.

dentem entgegenzunehmen. Und schon gar nicht, daß sie mit einem Staatsobershaupt in dem schaurigen Gemäuer des berüchtigten DDR-Frauenzuchthauses Hoheneck mit einem Gläschen Sekt auf ihre Freiheit anstoßen würden.

Anläßlich des 20. Jahrestages der Vereinsgründung des „Frauenkreises der ehemaligen Hoheneckerinnen“ war das alljährliche Treffen in Stollberg im Erzgebirge vom Herbst auf den 12. bis 14. Mai vorverlegt worden. Der Clou: Unserer Vorsitzenden Inge Naumann war es zusammen mit Tatjana Sterneberg und deren Lebensgefährten Carl-Wolfgang Holzappel gelungen, den Bundespräsidenten Dr. Christian Wulff einzuladen. Daß Wulff nicht nur eine denkwürdige Ansprache hielt, sondern die Hohenecker Frauen mit einem vierstündigen Aufenthalt ehrte, wird allen Teilnehmern unvergessen bleiben.

Bei strahlendem Sonnenschein wurde der Bundespräsident von Inge Naumann



Tief erschüttert zeigte sich der Bundespräsident von der menschenunwürdigen Unterbringung Inge Naumanns und ihrer Kameradinnen in der Dunkelzelle im Kellertrakt.

dernten Dokumentarfilms „Ein Tag zählt wie ein Jahr“ von Kristin Derfler und Dietmar Klein. „Dieser Tag heute war für uns als Filmemacher eine absolute Zäsur“, freute sich Kristin Derfler. „Das spezielle Thema einer großen Öffentlichkeit in diesem Rahmen und im Beisein des Bundespräsidenten, des SWR-Intendanten Peter Boudgoust und den Frauen von Hoheneck vorstellen zu können, war für uns eine tolle Erfahrung.“ Und Regisseur Dietmar Klein ergänzte: „Schon die Kranzniederlegung, der Posaunenchor mit der Nationalhymne, Stollberger am Straßenrand, waren für mich sehr bewegende Momente. Die Frauen und Opfer erfuhren heute eine Würdigung, die sie längst verdient hatten.“

Beim Umtrunk, den die Stadt Stollberg in den früheren Arbeitsräumen des „Lumpenkommandos“ organisiert hatte, schrieb sich Christian Wulff in die Goldenen Bücher der Stadt und des Landkreises ein. „Was für ein Moment, daß der Bundespräsident hier mit uns anstößt,“ schwärmte die einstige Hoheneckerin Monika Schneider. „Häppchen im Lumpenkommando, Sekt im Freihof, wo sie uns bis zum Umfallen traktiert haben, nein, das vergesse ich nie.“

Im schönen Hotel „Stadt Zwönitz“ klang ein bemerkenswerter Tag für die Frauen von Hoheneck aus. Bei einem leckeren Abendessen wurde bis weit in die Nacht diskutiert und Bilanz gezogen. „Der Tag hat mir außerordentlich gut gefallen. Perfekte Organisation, reibungsloser Ablauf“, schwärmte Heidrun Breuer. Catharina Mäge war besonders vom Zeitzeugenforum ihrer Kameradinnen berührt: „Als die Vornamen genannt wurden, verspürte ich eine starke Verbundenheit. Die Gespräche der Frauen lösten in mir ein warmes Gefühl aus, trotz der aufwühlenden Schilderungen.“ Und Eike Rade-wahn, die zum allerersten Mal an einem Zeitzeugengespräch teilgenommen hatte, erklärte: „Für mich ist es unglaublich, daß ich vor so vielen Leuten sprechen konnte. Bisher fiel es mir schwer. Man darf nicht vergessen, wir sind von Monstern gequält worden.“ Ähnlich empfand Helga Riede, die schon mehrmals am Ort des Grauens geweilt hatte: „Ich habe zum ersten Mal ein Gefühl der Befreiung und Erleichterung in diesen Mauern erlebt. Durch den Besuch des Bundespräsidenten spürte man, daß sich endlich jemand für das interessiert, was uns hier geschehen war.“

Was dieser hohe Staatsbesuch den Organisatoren schon im Vorfeld abverlangte, kann kaum jemand ermessen, der so etwas noch nie auf die Beine gestellt hat. Aus meiner aktiven Journalistenzeit kenne ich das ganze aufwendige Prozedere nur zu gut. „Hinter uns liegen vier Monate konzentrierter Arbeit“, erläuterte dazu die Projektleiterin und ehemalige Hoheneckerin Tatjana Sterneberg. „Aber dieser Tag hat uns für manche Anstrengung entschädigt und war ein voller Erfolg. Es beflügelt, wenn den Frauen von Hoheneck endlich die längst überfällige Anerkennung und Aufmerksamkeit gewidmet wird. Jetzt müssen wir gemeinsam kooperieren, Freistaat, Landesbeauftragter, Sächsische Gedenkstätten und Eigentümer, um eine Bildungs-, Begegnungs- und Gedenkstätte zu schaffen.“ Und Bautzen-Häftling Carl-Wolfgang Holzapfel ergänzte: „Für mich war die Veranstaltung die Erfüllung eines Vermächtnisses. Als ich im Dezember 1962 Anneliese K. begegnete, die zehn Jahre ihres jungen Lebens in der Hölle von Hoheneck verbracht hatte, habe ich nicht nur über Demos für die Freilassung der politischen Gefangenen nachgedacht. Fast 50 Jahre später durfte ich meine Ideen zu einem großen Tag für diese Frauen einbringen und mich an den Vorbereitungen beteiligen. Dafür bin ich dankbar.“

Am letzten Tag des Treffens wurde der in einem Sammelgrab in Chemnitz beigesetzten Toten von Hoheneck gedacht. Einige Frauen besuchten meinen Vortrag im Buch + Kunst Laden Lindner in Stollberg (Bericht in der nächsten Ausgabe). Eine lustige Kremserfahrt am Nachmittag sorgte für einen stimmungsvollen Ausklang des diesjährigen Jubiläums. Als Überraschung war die Anwesenheit des Bundespräsidenten an diesem historischen Ort gedacht, wie Inge Naumann tags zuvor versicherte. Und man mußte feststellen, die Überraschung war ihr und ihren Mitstreitern vollends gelungen. Denn: Seit Gründung des Frauenkreises hatte noch keiner einen solch ranghohen Staatsmann samt der geballten Medienpräsenz für unsere Leidensgeschichten zu interessieren vermocht.

Mit seinen Worten, daß „zu viele von denen, die Verantwortung trugen, die dabei mitgemacht haben, ihre Mitmenschen zu quälen, sind ungeschoren davongekommen oder haben nur geringe Buße tun müssen“, sprach uns der Bundes-



Im Gespräch: Christian Wulff mit Journalistin und Buchautorin Ellen Thiemann, die von 1973 bis 1975 in Hoheneck inhaftiert war.

Fotos: E. Thiemann

präsident aus dem Herzen. Und weiter erklärte er: „Manche verharmlosen und beschönigen bis heute. Und daß es vielen, die dem Regime zu Diensten waren, heute besser geht als den meisten ihrer Opfer, ist in der Tat empörend.“ Für die ehemaligen Hoheneckerinnen war diese Anteilnahme Balsam für ihre verletzten Seelen.

Drei unvergeßliche Tage im Mai 2011. Die Mitgliederversammlung des Frauenkreises muß allerdings laut der Vorsitzenden Inge Naumann wiederholt werden: „Aus formalen Gründen kann die diesjährige Ordentliche Mitgliederversammlung nicht als solche gewertet werden.“



„Wir trinken auf die Freiheit“, freuten sich Heidrun Breuer (m.) und Siggie Quade(r.) im Innenhof des ehemaligen Frauenzuchthauses.

Das Mißtrauen der Mächtigen

Bautzen-Treffen und Bautzen-Forum vom 4. bis 6. Mai 2011 in Bautzen

Das Treffen des Bautzen-Komitees eröffnete Vorsitzender Harald Möller mit einem Bericht über wichtige Ereignisse des vergangenen Jahres. Dabei sparte er nicht mit Kritik an der Gedenkstätte Bautzen. Nach wie vor werde dort Bautzen kaum repräsentiert. Ganz anders seine Einschätzung der Arbeit von Michael Beleites, Sächsischer Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen, der Ende 2010 aus dem Amt geschieden war. Beleites habe hervorragend mit den Opferverbänden zusammengearbeitet und sei im Grunde

Am nächsten Tag begann das 22. Bautzen-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung, wohl die älteste Veranstaltungsreihe zur Aufarbeitung der SED-Diktatur nach dem Fall der Mauer. Als Dank für gute Organisation und Zusammenarbeit seit langer Zeit verlieh Harald Möller bei der Eröffnung den Mitarbeitern des Büros Leipzig um Matthias Eisel die Ehrenurkunde des Bautzen-Komitees.

50 Jahre Mauerbau. Vom Leben mit dem „antifaschistischen Schutzwall“ – so hieß das Thema in diesem Jahr. Prof. Dr. Christoph Kleßmann, Historiker aus Potsdam, beschäftigte sich in seinem Einführungsvortrag mit den politischen Hintergründen. Der Mauerbau sei eine Fortsetzung der Berlin-Krise von 1948 mit anderen Mitteln gewesen. Während die grüne Grenze immer weniger durchlässig wurde, blieb nur noch Berlin als große Schleuse. Chruschtschows Ultimatum sei mehrfach ausgesetzt worden. Die militärstrategische Lage der Sowjetunion habe sich verschlechtert, und deshalb konnte die maximale Variante nicht mehr durchgesetzt werden, dafür aber die Abriegelung West-Berlins. Die heute von Wissenschaftlern heiß diskutierte Frage, ob Ulbricht oder Chruschtschow für die Mauer verantwortlich sei, verglich Kleßmann mit dem Problem von Henne und Ei – es seien beide gewesen. Zu den Voraussetzungen der Abriegelung gehörten jedoch auch hausgemachte Fehler der SED-Führung, so der Referent, zum Beispiel die unrealistischen Versprechungen der Partei, den westlichen Lebensstandard zu übertreffen sowie die „Vollendung der sozialistischen Produktionsverhältnisse“, die im ganzen Land eine Ausweitung der Verstaatlichung und den Zwang zum LPG-Eintritt bedeutete. Die Folge waren ständig steigende Flüchtlingszahlen. Die westliche Reaktion auf den Bau der Mauer sei unterschiedlich gewesen. Während Willy Brandt und die West-Berliner sofort scharf protestierten, wäre die Reaktion aus Bonn eher kläglich ausgefallen. Kleßmann resümierte: „Die Kosten der gesamten Maueranlage haben zum Bankrott der DDR mit beigetragen.“

Welche Folgen der Mauerbau für das Leben in der DDR nach sich zog, diskutierten Prof. Dr. Rainer Eckert, Direktor des Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig, Uwe-Karsten Heye, ehemaliger Sprecher

der Bundesregierung, Dr. Maria Nooke, stellvertretende Direktorin der Stiftung Berliner Mauer, und Bundesminister a.D. Wolfgang Tiefensee. Maria Nooke wies darauf hin, daß die Angst der DDR-Oberen vor einem Aufstand nicht unbegründet gewesen sei. In den ersten drei Wochen nach dem 13. August habe es 6000 Verhaftungen gegeben. Dieser stark erhöhte Druck auf die Bevölkerung sei dann oft entscheidend dafür gewesen, doch noch zu gehen. Rainer Eckert schilderte aus persönlichem Erleben, wie die Mauer viele Familien zerstörte. Er plädierte jedoch auch für eine differenzierte Sicht auf die Haltung der im Osten Gebliebenen zum Mauerthema. Die Hoffnung mancher, vielleicht einen Dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus zu finden, sei in der DDR schnell geschwunden, stellte Uwe-Karsten Heye fest und lieferte eine Definition für den untergegangenen Staat: „Die DDR war das Mißtrauen derer, die die Macht hatten, gegenüber denen, über die sie Macht hatten.“

Wolfgang Tiefensee erinnerte daran, die „Avantgarde“ beim Zusammenbruch des Kommunismus nicht zu vergessen: für Deutschland bestehe eine „Bringschuld“ gegenüber den Ländern Osteuropas. Das Dilemma bei der Rückschau auf die Mauer beschrieb Maria Nooke. Nach dem 9. November 1989 sollten die Anlagen so schnell wie möglich verschwinden. Erst als es fast zu spät war wurde deutlich, daß dieses Bauwerk von bildungspolitischem und auch touristischem Wert war. Die Öffnung der Diskussion ins Publikum, das in diesem Jahr besonders viel Raum für Beiträge erhielt, förderte über das Stichwort des Antifaschismus-Mythos der DDR noch einen interessanten Aspekt zutage: die heutigen Gefahren durch rechten und linken Extremismus sowie ihre sehr unterschiedliche Wahrnehmung – da wurde es auch auf dem Podium einmal kontrovers.

Ehrenurkunden für die Leipziger Organisatoren von Harald Möller(r.).

„abserviert worden“. Möller erklärte jedoch auch die Zuversicht, mit dem neuen Landesbeauftragten, Lutz Rathenow, gut zu kooperieren. Alex Latotzky, stellvertretender Vorsitzender, präsentierte dann die Idee, in der Gedenkkapelle auf dem Karnickelberg Tafeln mit den Namen der Toten des „Gelben Elends“ anzubringen. Nach einer Diskussion wurde das Vorhaben beschlossen. Es bezieht eine leere Tafel für die vielen nicht namentlich bekannten Toten ein – auch in Bautzen muß man davon ausgehen, daß die Zahl aller Opfer weit höher ist als die der namentlich erfaßten. Die Neuwahl des Vorstandes brachte folgendes Ergebnis: Vorsitzender – Harald Möller; Stellvertreter – Alex Latotzky, Gudrun Sauer; Beisitzer – Richard Böttge, Rainer Buchwald, Reinhard Pappai, Immanuel Severin; Beschwerdeausschuß – Klaus Gabel, Carl-Wolfgang Holzapfel, Jochen Stern; Kassenprüfer – Günther Wernicke. Das Bautzen-Treffen fand seinen traditionellen Abschluß mit Andacht und Kranzniederlegung auf dem Karnickelberg.



Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

Zur guten Tradition beim Bautzen-Forum gehört eine ausführliche Gesprächsrunde mit Zeitzeugen. Das würdigte einer von ihnen gleich zu Beginn - Johannes Osterheld, mit 85 Jahren der Älteste der Eingeladenen. Von einem sowjetischen Militärtribunal verurteilt, war er 13 Jahre inhaftiert, u.a. in Sibirien, Bautzen und Brandenburg, und wurde erst 1960 entlassen. So hatte er die Zeit zwischen Kriegsende und Mauerbau, mit all ihren politischen Veränderungen, überwiegend in Gefangenschaft verbracht. Ellen Thiemann wurde nach einem verratenen Fluchtversuch 1971 verurteilt und bis 1975 im Frauenzuchthaus Hoheneck inhaftiert. Man entließ sie zunächst nach Ost-Berlin, erst später konnte sie mit ihrem Sohn in den Westen ausreisen. Und spät erfuhr sie auch, daß der Verräter ihr Ehemann war. Hartmut Richter gelang die Flucht 1966 beim zweiten Versuch. Als 1972 nach einer Amnestie die Einreise in die DDR für ihn wieder möglich wurde, begann er, anderen zur Flucht zu verhelfen. Bei der Schließung seiner eigenen Schwester wurde er dann gefaßt und saß wegen „staatsfeindlichem Menschenhandel“ von 1975 bis 1980 in Bautzen II. Die jüngste Teilnehmerin, Anne Hahn, geboren 1966, hatte geplant, über Aserbaidschan den Ostblock zu verlassen. Doch auch sie wurde verhaftet und erlebte 1989 den DDR-Strafvollzug bereits in Agonie. Ab September habe dort zunehmende Verunsicherung um sich gegriffen, die Wärterinnen „wurden täglich freundlicher“. Und nach dem 9. November sei endgültig alles anders geworden.

Den Tag beschloß die Eröffnung der Ausstellung „Der Fall Gross. Im Kofferraum

von Ost- nach West-Berlin. Ein Fluchtversuch endet im ‚Stasi-Knast‘ Bautzen II“ in der Gedenkstätte Bautzen.

Über die deutsch-deutsche Politik zwischen Mauerbau und friedlicher Revolution sprachen am nächsten Morgen Dr. Hans-Jürgen Grasmann, Oberstaatsanwalt und ehemaliger stellvertretender Leiter der Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter, und Dr. Hinrich Lehmann-Grube, aus dem Westen kommend von 1990 bis 1998 Leipziger Oberbürgermeister. Ebenfalls eingeladen war Bundesjustizministerin a.D. Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin, die jedoch kurzfristig wegen Krankheit abgesagt hatte. (Um so irritierender für manchen Anwesenden ihr langer und munterer Auftritt zwei Tage später bei der Talk-Show von Anne Will.) Hans-Jürgen Grasmann faßte die vorherrschende Sicht des Westens auf den Mauerbau mit den drei Punkten zusammen, die Kennedy für unverzichtbar hielt: die Lebensfähigkeit West-Berlins, die weitere Präsenz der Alliierten in Berlin und freie Zugangswege für sie. Wegen der Kriegsgefahr habe man stillgehalten und sich mit verbalen Attacken begnügt. Lehmann-Grube fügte hinzu, für die generelle Abschottung der DDR aus wirtschaftlichen Gründen habe es ein gewisses Verständnis gegeben. Beim Thema Verantwortung und Schuld merkte er an, daß ihm der Begriff „Unrechtsstaat“ für die DDR „zu undifferenziert“ sei.

Über „Geeintes Land – geteilte Erinnerung?“ diskutierten in der großen Schlußrunde Roland Jahn, Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen, Hanka Kliese, Mitglied der SPD-Fraktion im



Der große Saal im Bautzener Brauhaus – auch in diesem Jahr blieb kein Platz leer.

Sächsischen Landtag, Hannelore Kohl, Präsidentin des Oberverwaltungsgerichts Mecklenburg-Vorpommern, und Siegfried Reiprich, Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten. Noch einmal begründete Roland Jahn seinen Vorstoß für ein Denkmal in Berlin, das an die vom SED-Regime Verfolgten erinnern soll. Es gehe ihm um Denkanstöße, um die Vermittlung von Wertmaßstäben, und es müsse auch jene Verfolgten umfassen, die nicht in Haft waren. Siegfried Reiprich hielt dagegen, der Standort fördere den „Berliner Zentralismus“, und deshalb sähe er das Denkmal lieber anderswo. Hannelore Kohl plädierte für ganz und gar dezentrale Zeichen der Erinnerung, also an vielen verschiedenen Orten, und gegen eine klassische Denkmalform. Jahn argumentierte mit der Anwesenheit vieler Gäste und der Bundestagsabgeordneten in Berlin, „und denen Denkanstöße zu geben, ist Grund genug“. Schließlich kam man zu der unvermeidlichen Frage, ob es irgendwann ein „Schwamm drüber“ geben solle. Damit werde die DDR-Nomenklatura endgültig salonfähig gemacht, stellte Hanka Kliese fest. Die Stasi-Abgeordneten der Linkspartei schockierten schon jetzt niemanden mehr. Dem schloß sich Siegfried Reiprich an und bedauerte, daß die SPD keinen harten Kampf geführt und der PDS den Markennamen „demokratischer Sozialismus“ überlassen habe. Roland Jahn forderte dazu auf, immer auch die eigene Vergangenheit zu untersuchen. Das gelte für die Linkspartei als Nachfolgerin der SED ebenso wie für die ehemaligen Blockparteien. Da sollten sich doch bitte alle an die Nase fassen.

Sophie Dusold

Fotos: E. Thiemann



Uwe-Karsten Heye(l.) mit Matthias Eisel.

Die Tragödie von Tost

Gedenkfahrt zu einem ehemaligen NKWD-Lager in Oberschlesien

Die Burg Tost (heute Toszek) in Oberschlesien gehörte in den Jahren 1791 bis 1797 dem Vater Joseph von Eichendorffs (1788-1857), einer der berühmtesten Dichter der deutschen Romantik. Der geheimnisvolle Reiz diesen alten Bauwerkes und die Schönheit der Gegend regten seine Phantasie an und beeinflussten die Werke des großen Künstlers. Doch in der Stadt Tost fanden auch schreckliche Ereignisse statt, vor 66 Jahren, zwischen Mai und Dezember 1945.



Gedenkstein für die Opfer des NKWD-Lagers Tost.

Am Vormittag des 7. Juni 1945 wurden aus unserem Städtchen Wolkenstein im Erzgebirge 15 Männer abgeführt und in die Kreisstadt Marienberg gebracht. Auch mein Vater war denunziert worden. Zu Fuß marschierten sie aus der Stadt, bewacht von vier russischen Soldaten mit schußbereiten Pistolen. Wohin verschleppte man sie?

Heute wissen wir es. Im Viehwagen und zuletzt per Fußmarsch ging es über Bautzen nach Tost. Von den insgesamt 4500 Häftlingen, davon ca. 30 Frauen und ca. 60 Jugendliche, kamen zwischen Mai und Dezember 1945 im NKWD-Lager Tost über 3000 männliche Insassen ums Leben. Die Gefangenen mußten bei

kärglichster Ernährung Schwerstarbeit verrichten. Sie hungerten und starben an Krankheiten, die nicht behandelt werden konnten. Manche wurden von den „Bewachern“ erschlagen. Obendrein waren die Häftlinge völlig von der Außenwelt isoliert.

Laut herausgeschmuggelter Totenliste starb mein Vater mit knapp 46 Jahren am 28. August 1945. Ich war damals erst neun Jahre alt. Viele unserer Väter und Großväter waren unschuldig und mußten trotzdem in ihren besten Jahren sterben. Das war in der Nachkriegszeit für die Familienangehörigen ein schweres Los. Auch das Elternhaus wurde uns vorerst weggenommen. Darüber mußten wir jahrelang schweigen, um uns nicht noch mehr Repressalien der örtlichen Behörden auszusetzen.

Mit unserer Fahrt nach Tost wurde die Vergangenheit wieder lebendig. Sybille Krägel aus Hamburg, Tochter des Autofabrikanten Hans-Werner Skaft-Rasmussen aus Hainichen/Sachsen, hat sich die Aufgabe gestellt, die grausamen sechs Monate des NKWD-Lagers Tost transparent zu machen. Gemeinsam mit dem Deutschen Freundeskreis Tost unter Vorsitz von Dorothea Mateja hat sie als Betroffene unermüdlich diesen traurigen Abschnitt der Geschichte erforscht. Mit diplomatischem Geschick, Nervenstärke, Ausdauer und der Unterstützung deutscher und polnischer Freunde gelang es ihr, eine neue Qualität der Treffen und der Entwicklung der Gedenkstätte in Tost zu erreichen. So konnte sie für die Feierlichkeiten am 14. Mai 2011 wichtige Persönlichkeiten zur Lösung der noch anstehenden Probleme gewinnen: den Konsul der Bundesrepublik in Oppeln, Peter Eck, den Bürgermeister von Tost, Grzegorz Kupczyk, den Historiker Sebastian Rosenbaum von der IPN (vergleichbar mit der Behörde des BStU), den Vizemarschall der Woiwodschaft Schlesien, Dr. Jerzy Gorzeli, Fritz Kirchmeier und Thomas Schock vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge und die Journalistin Bettina Wobst vom MDR.

Wir Angehörigen freuen uns, daß wir jetzt viele offizielle Fürsprecher haben, die sich darum bemühen wollen, entweder eine Umbettung der Toten aus der Sandgrube oder die Wiederherstellung der Wiese über dem Massengrab zu erwirken. Das

war ein Vorschlag des Konsuls, und so wäre es auch uns am liebsten.

Sybille Krägel organisierte gemeinsam mit ihrer polnischen Mitstreiterin Dorothea Mateja ein abwechslungsreiches Programm. Dazu gehörten die Besichtigung des früheren Gefängnisses in Tost, heute Psychiatrie, die Feierstunde an der Gedenkstätte bei den Massengräbern mit Kranzniederlegung, Posaunenchor, Ansprachen und dem „Feierabend-Lied“, das Mittagessen in der Burg Tost, ein deutsch-polnischer Gedenkgottesdienst in der Barbara-Kapelle mit dem Priester Werner Szygula und der Toster Sopranistin Sabine Olbricht von der Oper Beuthen sowie Kaffeetrinken und Gespräche mit unseren Toster Freunden auf der Burg.

Durch diese Veranstaltung konnte ich endlich von meinem Vater Abschied nehmen. Das war mir sehr wichtig. Die stets gut gepflegte Gedenkstätte ist auch ein Zeichen des Friedens. Und sie ist ein Ort der Versöhnung, wenn sich Deutsche und Polen dort zusammenfinden. Für die heutige Generation müssen wir die Erinnerung sowohl an die Verbrechen der Deutschen als auch an die Verbrechen an Deutschen lebendig erhalten. Unsere Völker haben nach langen Zeiten des Leidens in einem vereinten Europa zueinander gefunden, und wir werden durch das Wissen um die leidvolle Vergangenheit dafür sorgen, daß sich solches Unrecht nicht wiederholt. Die erschütternden Schicksale der Opfer von Tost haben dazu beigetragen, daß sich Polen und Deutsche besser kennenlernten.

Ludwig Graubner



Journalistin Bettina Wobst im Interview mit einem Teilnehmer der Gedenkfahrt.

„Von Potsdam nach Workuta“

Eine Ausstellung über deutsche und sowjetische Häftlinge im KGB-Gefängnis Potsdam und die Lagerhaft in Workuta/Sowjetunion; 2000 bis 2006 im ehemaligen KGB-Gefängnis Leistikowstraße 1 zu sehen.

Jetzt im Internet: www.von-potsdam-nach-workuta.de

Herber Verlust für den SPD-Arbeitskreis

Am 21. April 2011 ist das Vorstandmitglied des SPD-Arbeitskreises ehemaliger politischer Häftlinge der SBZ/DDR, Günther Schlierf, gestorben. Geboren wurde er am 2. November 1930 in Hönow bei Berlin. Nach Ende des Krieges engagierte er sich in der Jugendarbeit in Mahlsdorf, einem Stadtteil im Bezirk Lichtenberg. Als 1947 endlich auch in Berlin Jugendorganisationen zugelassen wurden, ging er wie viele seiner Freunde zu den „Falken“. Die FDJ betrachtete er als kommunistischen Verein, und von einer Staatsjugend wollte er nach der Nazizeit nichts wissen. Günther Schlierf arbeitete als Jungwerkhelfer bei der Reichsbahn in Berlin. Kurz vor den für Groß-Berlin vorgesehenen Wahlen am 5. Dezember 1948 stellte er einen Antrag zur Aufnahme in die SPD.

Die Wahlen wurden von den sowjetischen Besatzungsmacht in ihrem Sektor verboten, weil sich nach der Zwangsvereinigung von KPD und SPD eine erhebliche Schlappe für die Kommunisten abzeich-

nete. Die Berliner vergaßen den Sowjets die Blockade West-Berlins nicht. Weil die SPD nun im Sowjetsektor keinen Wahlkampf machen durfte, wurden Plakate mit unverfänglichen Texten geklebt, die von der Alliierten Kommandantur genehmigt waren. Da stand z.B. „Dich rufen die Falken!“ oder „...Und freie Menschen wollen wir sein.-SPD“. Während einer Klebeaktion wurde neben anderen auch Günther Schlierf von der Ost-Polizei festgenommen und dem NKWD überstellt. So fand er sich im Folterkeller von Hohenschönhausen wieder. Dort mußte er acht Monate unter fürchterlichen Umständen verbringen. Am 7. Juli 1949 wurden er und drei andere Falken-Mitglieder von einem sowjetischen Militärtribunal in einem Geheimprozeß zu jeweils 25 Jahren Arbeitslager verurteilt, Berufung war nicht möglich. Die Haft verbrachte er bis zu seiner Entlassung 1954 im völlig überbelegten „Gelben Elend“ in Bautzen. Anschließend floh er sofort nach West-Berlin und wurde dort herzlich aufgenommen.

Eines hatten die Kommunisten erreicht: Er war zu einem aufrechten Demokraten und Antikommunisten geworden.

Jeder, der ihn kannte, schätzte seine Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft. Er war Mitglied der Arbeiterwohlfahrt, leistete viele Stunden beim Arbeiter-Samariter-Bund und war aktiv in unserem Arbeitskreis, zuletzt als Vertreter des Vorsitzenden. Die Gremien, denen er angehörte, haben einen großen Verlust erlitten, und die Gedenkstätten Hohenschönhausen und Bautzen verloren einen kenntnisreichen Zeitzeugen. Unsere Gedanken sind bei der Familie, die den plötzlichen Tod nun verarbeiten muß. Die Mitglieder des SPD-Arbeitskreises ehemaliger politischer Häftlinge in der SBZ/DDR werden Günther Schlierf ein ehrendes Andenken bewahren.

Für den Arbeitskreis
Lothar Otter, Vorsitzender

Private Tafeln

(PE-st) Am 7. Mai wurde in der Gedenkstätte Sachsenhausen an den Massengräbern am Kommandantenhof ein Bereich für persönliche Erinnerungstafeln eingeweiht sowie drei Tafeln angebracht. Die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten lädt Angehörige von Opfern des sowjetischen Speziallagers dazu ein, dieses Angebot individuellen Gedenkens zu nutzen. Die Arbeitsgemeinschaft Sachsenhausen 1945-1950 fordert jedoch seit Jahren Gedenktafeln mit allen 12000 namentlich bekannten Todesopfern des Speziallagers, ähnlich wie z.B. auf dem Gelände des ehemaligen Lagers Mühlberg. Die neue, auf private Initiative ausgerichtete Gedenkmöglichkeit dürfte ein deutliches Zeichen in die entgegengesetzte Richtung sein.

Bitte gehen

(PM)Eine Initiative deutscher ehemaliger Häftlinge des KGB-Gefängnisses Potsdam Leistikowstraße, politisch Verfolgter der SED-Diktatur, Verbandsvertreter und weiterer bei der Aufarbeitung Engagierter hat nach jahrelangen vergeblichen Versuchen, die Konflikte um die Gedenkstätte Leistikowstraße zu beenden, mit

einer Unterschriftenaktion um die Abberufung der derzeitigen Leiterin Dr. Reich gebeten. Der Aufruf der Initiative mit den Unterschriftenlisten und einer umfangreichen Dokumentation zu den Ereignissen um die Gedenkstätte wurde an Staatsminister Bernd Neumann sowie an den Brandenburger Ministerpräsidenten Matthias Platzeck gesandt.

Stolz auf Nachfolger?

(hh)Auf die Aussage des SPD-Politikers Wiefelspütz, er bereue, Roland Jahn als Chef der BStU-Behörde gewählt zu haben, antworteten mehrere Mitglieder des Niedersächsischen Netzwerkes für SED- und Stasi-Opfer sowie weitere Vertreter von Opferverbänden mit einer Presseerklärung. Die Kampagne gegen Roland Jahn sei nicht nachvollziehbar und der Vorwurf einer Parteinahme für die Opfer kleinkariert. Daß Jahn ehemalige Stasi-Mitarbeiter nicht in einem so sensiblen Archiv dulden wolle, verstehe sich von selbst und zeige Charakterstärke. Joachim Gauck und Marianne Birthler müßten stolz auf ihren Nachfolger sein, hieß es in der Erklärung.

Gedenkveranstaltung

(vh) Die Arbeitsgemeinschaft Sachsenhausen begeht ihre diesjährige Gedenkveranstaltung am **30. und 31. Juli**.

Am Sonnabend, dem 30. Juli, wird nach den Kranzniederlegungen an der Düne und am Schmachtenhagener Forst (Abfahrt 13.15 Uhr vom „Hotel an der Havel“ in Oranienburg) um 15.30 Uhr die Jahreshauptversammlung durchgeführt. Das Gedenken am Kommandantenhof beginnt am Sonntag, dem 31. Juli, 11.30 Uhr; 10.45 Uhr Treffen am hinteren Lager-Eingang (Kommandantenhof). Ab 12.30 Uhr findet am Gräberfeld beim Kommandantenhof ein ökumenischer Gottesdienst statt.

Wer erinnert sich?

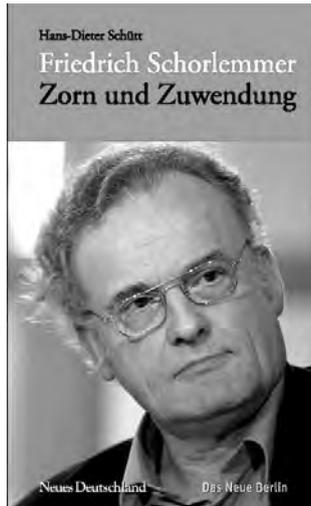
Karin Kersten, geboren am 25. Januar 1956, verhaftet am 13. April 1988 in Stendal (§§ 99, 214, 219 StGB-DDR), von Anfang August bis Anfang November in Hoheneck inhaftiert, zwischenzeitlich im Haftkrankenhaus Leipzig-Moisdorf (Nervenzusammenbruch). Sie hat in Hoheneck in der Näherei gearbeitet (Bettwäsche). Ich suche ehemalige Kameradinnen meiner Frau aus Hoheneck und dem Haftkrankenhaus. Hinweise bitte über Telefon (071 21) 60 00 23.

Lutz Kersten und die Töchter Jessica und Mandy

Advocatus Diaboli?

Befragung Friedrich Schorlemmers durch Hans-Dieter Schütt

Da steht er nun in einer Reihe mit den entmachteten Vertretern der DDR-Nomenklatura: mit MfS-Generaloberst Markus Wolf, mit Hermann Kant, dem Präsidenten des Schriftstellerverbands 1978/90, mit den parteitreuen Schreibern Eva Strittmatter und Erik Neutsch, mit SED-Politbüromitglied Hans Modrow, dem letzten Ministerpräsidenten einer nicht gewählten DDR-Regierung!



Der Interview-Band mit Friedrich Schorlemmer ist der achte innerhalb dieser Buchreihe, die von Markus Wolf 2007 programmatisch eröffnet wurde und die im DDR-Nostalgie-Verlag „Das Neue Berlin“ erscheint. Beide Autoren, den General und den Pfarrer, hatte ein Mann zum Gespräch gebeten, der 1948 in Ohrdruf/Thüringen geboren wurde und heute in Haartracht wie Bartwuchs den jungen Karl Marx aus den wilden Jahren vor 1848 imitiert. Zu DDR-Zeiten war Hans-Dieter Schütt Chefredakteur der FDJ-Zeitung „Junge Welt“ und wurde im Herbst 1976 auch hierzulande bekannt, als er in der SED-Zeitung „Neues Deutschland“, wo er heute als Kulturredakteur arbeitet, einen schlimmen Schmähartikel gegen Wolf Biermann veröffentlicht und damit die ideologische Munition zu dessen Ausbürgerung geliefert hat. In den zwei

Jahrzehnten nach dem Mauerfall von 1989 soll er in sich gegangen sein und dem SED-Staat abgeschworen haben, so beschreibt er es jedenfalls in seinem Buch „Glücklich beschädigt“ (2009), aber noch heute sprießt ihm der untergegangene DDR-Sozialismus aus allen Knopflöchern. Seine verquollene Einleitung zu diesem Buch ist jedenfalls unlesbar, man kann das getrost überblättern.

Wer sich als neugieriger Leser nun dem in sechs Kapitel aufgegliederten Interview-Text zuwendet, sieht sich auch hier in seinen Erwartungen getäuscht. Gehofft hat er auf ein fruchtbares Streitgespräch zwischen einem atheistisch erzogenen DDR-Funktionär und einem, trotz aller Verfolgung, standhaft und friedfertig gebliebenen Theologen, der eine Menge zu erzählen hätte von den Nachtseiten des SED-Staats. Geboten aber wird seitenweise eine fruchtlose, vom Blatt abgelesene Fragerei, auf die der Befragte dann oft nicht einzugehen bereit ist.

Wer die Lebensdaten Friedrich Schorlemmers studiert, kann sich ausrechnen, daß er von Kindesbeinen an behindert wurde am Fortkommen in der Schule und in der Berufswahl. Als ältestes von sieben Kindern 1944 in Wittenberge/Prignitz geboren und in Werben/Altmark aufgewachsen, wurde ihm nach der zehnten Klasse der Besuch der Erweiterten Oberschule und somit das Abitur verweigert, das er dann mühselig in zwei Jahren an der Volkshochschule nachholte, um in Halle 1962/67 Theologie zu studieren. Der Berufsweg „Pfarrer“ war damit vorgezeichnet, obwohl er gerne auch Germanistik studiert hätte. Von 1978 an, ausgenommen die sieben Jahre als Studentenpfarrer in Merseburg, bis zur Pensionierung 2007 war er ununterbrochen in Wittenberg, der Stadt Martin Luthers, tätig: als Dozent am Evangelischen Predigerseminar, als Pfarrer an der Schloßkirche und als Studienleiter der Evangelischen Akademie. Daß die „evangelischen Pfarrhäuser wahrlich Kulturträger“ waren, wie er bekennt, und damit auch Auffangstationen für kritische Intellektuelle, hat sein Vater ihm vorgelebt. Damit freilich kann sein Widerpart Hans-Dieter Schütt nichts anfangen. Als der Befragte Gedichte Gottfried Benns (1886-1965) zitiert, auch er ein Pfarrerssohn, dessen lyrisches Werk im SED-Staat verboten war, muß er passen. Albrecht Schönes Buch „Säkularisation als sprach-

bildende Kraft. Studien zur Dichtung deutscher Pfarrerssöhne“ (1958), auch auf die Pfarrhäuser in Mitteldeutschland anwendbar, ist dem studierten Theaterwissenschaftler völlig unbekannt. Hier nämlich hätte eine Diskussion einsetzen müssen über protestantische DDR-Pfarrer im Widerstand oder als inoffizielle Zuträger der Staatssicherheit oder schließlich auch als hauptamtliche Offiziere, die im „Klassenauftrag“ Theologie studierten, um die Kirche von innen zu zersetzen. Material für eine solche Diskussion liefert Friedrich Schorlemmer in rauen Mengen: wie seine Mutter im Januar 1946 von marodierenden „Rotarmisten“ überfallen wurde; wie er schon als Kind immer wieder mit Verhaftungen in Nachbarschaft und Freundeskreis konfrontiert wurde; welchen Konflikten er ausgesetzt war, weil christliche Eltern ihre Kinder nicht konfirmieren lassen wollten, um ihnen den Berufsweg nicht zu verbauen; wie seine Tochter in der Schule eine Hausarbeit über „Rosa Luxemburg und die Demokratie“ schrieb und dann Schwierigkeiten bekam; wie noch im September 1989 die Staatssicherheit ein Zersetzungsprogramm gegen ihn ausarbeitete, „dessen Kälte einen gefrieren läßt“. Hier hätte überall gezielt nachgefragt werden müssen, aber der ND-Redakteur unterbricht den Redefluß mit dummen Fragen wie: „Empfinden Sie sich als Kleinbürger?“

Die Kritik an diesem Pfarrer, der durch die Verhältnisse gezwungen wurde, als Politiker zu agieren, muß an seinem Verhalten nach dem Mauerfall vom 9. November 1989 einsetzen. Den Untergang des SED-Staates hat er zweifellos begrüßt und die damit verbundene Demokratisierung der DDR-Gesellschaft, nicht aber die Wiedervereinigung. Für ihn wie für Christa Wolf sollte damals der „Aufbruch in eine neue DDR“ beginnen. Den Aufruf vom 26. November 1989 „Für unser Land“ hat er mitunterzeichnet. Wie das freilich in der Praxis aussehen sollte, blieb ungeklärt, spätestens am 18. März 1990 haben die DDR-Wähler, die eine rasche Wiedervereinigung wollten, diesen Träumen ein schmerzloses Ende bereitet. Ging man wirklich davon aus, die reiche Westrepublik finanziere noch einen zweiten „Traum vom Sozialismus“?

Jörg Bernhard Bilke

Hoheneck-DVD

Die Bundesstiftung Aufarbeitung hat eine DVD des Hoheneck-Films „Ein Tag zählt wie ein Jahr“ von Kristin Derfler und Dietmar Klein herausgebracht. Sie kann für 7,50 € plus Versandkosten bestellt werden über www.stiftung-aufarbeitung.de, dort unter „Publikationen“, oder per Post: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin.

Hans-Dieter Schütt, Friedrich Schorlemmer: *Zorn und Zuwendung*, Verlag Das Neue Berlin, Berlin 2011, 240 S., 16,95 €

Veranstaltungen

18.6. (Sa), 19.6. (So), je. 10-18.00 Uhr:
Dokumentarfilme im Rahmen des 11. Treffens der Speziallager-Kinder; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzen; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen

18.6. (Sa), 16.00 Uhr:
Hinter der Mauer. Glienicke – Ort der deutschen Teilung. Ausstellungseröffnung d. Stiftung Berliner Mauer u.a.; Ort: Orangerie Schloß Glienicke, Königstr. 36, 14109 Berlin

19.6. (So), 15.00-19.00 Uhr:
„Die Akten sind offen!“ 20 Jahre Stasi-Unterlagen-Behörde, Festveranstaltung; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Frankfurt/Oder, Ort: BStU Außenstelle, Fürstenwalder Poststr. 87, 15234 Frankfurt/O.

20.6. (Mo), 19.30 Uhr:
„Mentoren“, „Pioniere“, „Vernetzer“? Rollen und Identitäten in der DDR-Friedensbewegung vor und nach 1989, Vortrag; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Erfurt u.a.; Ort: Kleine Synagoge, An der Stadtmünze 5, 99084 Erfurt

21.6. (Di), 20.00 Uhr:
Verfolgte Schüler – ihre soziale, individuelle und wirtschaftliche Situation heute. Empfang, Podiumsdiskussion u. Lesung aus der gleichnamigen Publikation anlässlich d. 15jährigen Bestehens des Bürgerbüros e.V.; Ort: Besucherzentrum d. Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

22.6. (Mi), 18.00 Uhr:
Die Täter im Großen Terror. Vortrag v. Nikita Petrov, Memorial Moskau (in russischer Sprache mit Simultanübersetzung); Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

22.6. (Mi), 18.00 Uhr:
Die stalinistische Minderheitenpolitik in Osteuropa. Das Gebiet Rumänien 1951-1968, Ref. Dr. Ottmar Trasca, Historiker, Cluj-Napoca; Veranstaltung d. Osteuropa-Zentrums Berlin u.a.; Ort: Rotes Rathaus, Eingang Judenstr., Raum 338, 10178 Berlin

22.6. (Mi), 19.00 Uhr:
Bleiben oder gehen? Schriftsteller aus der DDR über Trennendes und Verbindendes 50 Jahre nach dem Mauerbau. Mit Susanne Schädlich, Thomas Brusig, Stephan Krawczyk; Veranstaltung d. Evangelischen Akademie zu Berlin; Ort: Französische Friedrichstadtkirche, Gendarmenmarkt 5, Berlin-Mitte; Anmeldung per Fax (030) 203 55-550 oder E-Mail huschke@eaberlin.de

22.6. (Mi), 20.00 Uhr:
Winter im Sommer – Frühling im Herbst. Joachim Gauck liest aus seinem Buch; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Neubrandenburg u.a.; Ort: Thalia Buchhandlung, Marktplatzcenter, Krämerstr. 1, 17033 Neubrandenburg

Doppelte Befreiung

Amanda Bohlken ist einen langen Weg gegangen, den sie in ihrem Buch „Die dritte Dimension der Tränen“ beschrieben hat. Er beginnt 1970, als die 25-Jährige über Bulgarien in den Westen zu fliehen versucht, zu dem Mann, den sie liebt. An der bulgarischen Grenze wird sie festgenommen und an die DDR ausgeliefert. Ihre weiteren Stationen sind MfS-Untersuchungshaft in Magdeburg am Moritzplatz, Roter Ochse Halle, schließlich das Frauenzuchthaus Hoheneck. 1972 wird sie freigekauft und kommt in den Westen. Die Liebe hat standgehalten, eine Familie wird gegründet, alles ist gut.

Dann fällt die Mauer, und nichts ist mehr gut. Die so erfolgreich verdrängten Erinnerungen an die Haftzeit brechen mit Bildern und Gefühlen in ihren Alltag ein. Die Kontrolle geht immer mehr verloren, sie lebt nicht, sondern wird gelebt. Ihr wird klar, daß es etwas „Ungelöstes“ gibt. Zunächst versucht sie, durch Rückkehr an die Haftorte die neue Angst mit der alten zu konfrontieren. Doch es reicht nicht aus. Sie beginnt, Atemtherapien, Meditationen und fernöstliche Heilpraktiken auszuprobieren. Mit ihnen sucht sie sich ihren ganz eigenen Weg, um wieder heil zu werden. Schließlich unterzieht sie sich erfolgreich einer Psychotherapie. Sie hat das höchste Ziel aller Traumatisierten erreicht: die Opferposition verlassen. Die schrecklichen Erlebnisse sind nun in ihre Biographie integriert, nicht vergessen, aber ohne die Macht, Ohnmacht zu erzeugen. Amanda Bohlken hat sich erlöst.

Das Buch erzählt nicht eigentlich die Geschichte einer Haft, aber auch. Die Schilderungen von Vergangenheit und Heilungsprozeß sind auf natürliche Weise ineinander verwoben. Erinnerungen treten als Flashbacks auf, während sie verarbeitet werden.

Zersetzt

(st)Auch Anke Jauch wurde nach einem gescheiterten Fluchtversuch festgenommen und inhaftiert. Dieser entscheidende Einschnitt in ihrem Leben hatte zur Folge, daß auch die in der DDR zurückgebliebene Familie zersetzt, tiefgreifend beschädigt wurde. Besonders das Verhältnis zur Schwester war in der Folgezeit von gestörten Emotionen geprägt. Die Autorin hat sich mit der Methode der Aktionsforschung einer Lösung des Problems angenähert. Interessant, aber für Laien kein

Die Annäherung an verschiedene Heilpraktiken erfolgt zunächst von einem Punkt aus, den die Autorin selbst als ihre „materialistische Erziehung“ bezeichnet. Sie bringt nur den Leidensdruck mit, den Willen zur Veränderung und eine gewisse Offenheit gegenüber Phänomenen, die ihr noch fremd sind. Immer wieder stellt sie dabei Aussagen in Frage, zweifelt, ist aber bereit zu erproben, was ihr helfen könnte. Und sie beweist bei jedem neuen Schritt den Mut, auch Schmerz und Kummer zuzulassen. So lernt sie, beides zu überwinden.

Sicher ist der Text informativ und ein Zeitzeugnis. Aber seine eigentliche Stärke liegt in der Anmutung. Die Autorin beschreibt teilweise brutale Dinge, aber sie schreibt nicht brutal - und nicht klagend. Hier nimmt man teil an fremdem Leid, ohne genötigt zu werden, es sich aufzubürden. Jede Zeile ist von geradezu unglaublicher Hoffnung getragen und frei von Rache und Haß. Es findet eine doppelte Befreiung statt. Zuerst aus dem äußeren Gefängnis, dann aus dessen langem Schatten, dem inneren. Ein Buch der Freiheit - man liest es und fühlt sich gut.

Im August 2010 ist Amanda Bohlken gestorben. Es ist tröstlich zu wissen, daß sie sich aus eigener Kraft ein selbstbestimmtes Leben zurückerobert hatte. Ihr Buch läßt andere an diesem Weg teilhaben. Das wird bleiben.

Gertrud Röder

.....
Amanda Bohlken: Die dritte Dimension der Tränen. DDR-Flucht, Haft und Trauma, Heilungswege. Forum Verlag Leipzig 2007, 278 S., 18,80 €
.....

einfacher Lesestoff. - Anders Anke Jauchs erstes Buch, in dem sie spannend die Geschichte ihrer Flucht und Haft erzählt. Ein erschütterndes Stück deutsch-deutscher Zeitgeschichte.

.....
Anke Jauch: Aktionsforschung, Akademische Verlagsgemeinschaft München 2011, 100 S., 34,90 €
.....

Anke Jauch: Die Stasi packt zu, Frankfurter Literaturverlag, 4. Aufl. 2007, 132 S., 8,90 €
.....

Spurensuche

(VT) In der märkischen Kleinstadt Dahme erhält ein Elfjähriger privaten Lateinunterricht. Plötzlich fällt der Unterricht aus. Der Lehrer ist „abgeholt“ worden, andere auch. Der Junge stellt Fragen, die unbeantwortet bleiben. Das Thema ist in der Ostzone und später in der DDR tabu. Er ahnt, daß etwas Ungeheuerliches geschehen sein muß. War es Aufruhr gegen die Staatsmacht?

Heimlich wird berichtet, daß der Vater eines Mitschülers eine Widerstandsgruppe gegründet haben soll, die an den sowjetischen Geheimdienst verraten wurde. Gerüchte über Flucht und Verräter werden verbreitet und geglaubt. Nach Jahren kommen die Männer ohne den Lateinlehrer zurück. Fast alle gehen über die noch offene Grenze „in den Westen“. Wieder dürfen keine Fragen gestellt werden.

Bei einem Klassentreffen, der Junge von damals ist jetzt im Rentenalter, motiviert ihn eine Mitschülerin, auf Spurensuche zu gehen. Ihr Vater konnte rechtzeitig fliehen und hat nie über diese Zeit berichtet. Alte West-Berliner Tageszeitungen weisen erste Wege. Politische Hintergründe, Spionage und Gegenspionage, der Verräter und sein Lebensweg, Rolle und Flucht des Kopfes der Gruppe und seine Verwicklung in einen versuchten Menschenraub im geteilten Berlin tun sich auf...

Zentrale Themen dieses Tatsachenberichtes sind schwer faßbare Schicksalswege der Dahmer Gruppierung und ihrer Lagerkameraden in ostdeutscher und sowjetischer Strafgefängenschaft sowie Versäumnisse bei ihrer Repatriierung und Rehabilitation.

Die vorliegende Dokumentation ist das Ergebnis umfangreicher Recherchen über die spannenden, weitgehend noch unbekanntes Geschehnisse dieser Zeit. Sie ist ein Dokument gegen das Vergessen von Verrat, Angst, Willkür und Gewalt.

.....
Wilhelm K.H. Schmidt: Verschworen. Verraten. Verfolgt. Unangepaßtheit, Widerstand und Kollaboration in der Stalin-Ära Berlin-Brandenburgs, Verlag BücherKammer, Herzberg 2011, 182 S., 19,90 €

Moderne Odyssee

1945 verhaftet, wird der Jugendliche Heinz dem NKWD übergeben und ohne Urteil auf eine siebenjährige Odyssee geschickt: von mehreren Gefängnissen im heimatlichen Vogtland über das Gelbe Elend in Bautzen bis ins Speziallager Mühlberg. Nach anderthalb Jahren Gefangenschaft jedoch beginnt erst die eigentliche Reise ins Ungewisse.

Der Weg ist viel länger als die klassische Irrfahrt des Odysseus. Er führt bis weit hinter den Ural, tief ins sibirische Gebiet hinein. Heinz wird Anfang 1947 dem sogenannten Pelzmützentransport zugeteilt - eine Fahrt, die viele nicht überlebt haben.

Sie endet in einem Lager in Andschero-Sudschensk, später geht es weiter nach Prokopjewsk und Brest. Dort ist 1950 die Heimkehr schon ganz nah, die meisten werden entlassen. Doch Heinz trifft noch einmal ein hartes Schicksal. Ohne Schuld, ohne Grund, ohne Logik werden er und andere Gefangene plötzlich wieder gen Osten geschickt, nach Minsk, dann nach Makejewka und Kiew. Erst Pfingsten 1952 kommt Heinz nach Hause. Nun ist er Mitte 20 und hat mehr gesehen, erlebt und erlitten, als mancher alte Mann.

Der besondere Reiz dieses Berichtes besteht in seiner erstaunlichen Detailgenauigkeit und Lebendigkeit. Die Odyssee wird in Gegenwartsform erzählt. Eingeschobene Sequenzen mit persönlichen und historischen Reflexionen sind, gut unterscheidbar von der eigentlichen Handlung, kursiv gesetzt. Der Autor, der mit der Hauptfigur identisch ist, scheint seine damaligen Beobachtungen und Empfindungen wie in einer Zeitreise unverstellt in die Gegenwart zu holen. Ausgestattet mit zahlreichen Fotos, Zeichnungen und Lageplänen, ist das nah am persönlichen Erleben geschriebene Buch gut zu lesen und ein wichtiges Zeitdokument.

Friedrich Rudolph

.....
Helmut Leppert: Odyssee einer Jugend. Sieben Jahre in Stalins Gulag 1945-1952, Eigenverlag, Plauen 2010, 2. Aufl., Ringheftung, 259 S., 10,00 €, Bezug über: Helmut Leppert, Kopernikusstr. 5, 08523 Plauen, E-Mail pudipadi@freenet.de

Veranstaltungen

23.6. (Do), 19.00 Uhr:

Die Berliner Mauer. Vortrag v. Hans-Hermann Hertle, anschl. Diskussion; Veranstaltung d. Vereins Grenzenlos; Ort: Politische Bildungsstätte Helmstedt e.V., Am Bötschenberg 4, Helmstedt

23.6. (Do), 20.00 Uhr:

„Haftaus“ von Ralf-Günther Krokiewicz. Theateraufführung des theaters 89 am authentischen Ort. Veranstaltung d. Potsdam-Museums – Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 u.a.; Ort: Gedenkstätte Lindenstraße, Lindenstr. 54/55, 14467 Potsdam

28.6. (Di), 19.00 Uhr:

Literatur und Diktatur im kommunistischen Rumänien. Vortrag v. Dr. Anneli Ute Gabanyi, Politikwiss., Berlin, Zeitzeuge Helmuth Frauendorfer; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus/Stalinismus; Ort: Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

28.6. (Di), 19.00 Uhr:

Grenz-Inszenierungen und Mauer-Erfahrungen. Die Berliner Mauer in Fotos aus Ost und West. Bildvortrag v. Elena Demke, LStU; Veranstaltung d. Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig; Ort: Zeitgeschichtliches Forum, Grimmaische Str. 6, 04109 Leipzig

28.6. (Di), 19.30 Uhr:

Psychiatrie in der DDR. Podiumsdiskussion m. Dr. Dietrich Koch, als polit. Häftling d. DDR zwangseingewiesen, Dr. Stefan Trobisch-Lütge, Therapeut Beratungsstelle Gegenwind, Dr. Jürgen Fuchs, ehem. Leiter d. Fachambulanz Nervenklinik Schwerin, Mod. Ulrike Poppe, LAKD; Veranstaltung d. UOKG u. Stiftung Berliner Mauer; Ort: Besucherzentrum d. Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

29.6. (Mi), 19.30 Uhr:

Die Mauer in globaler Perspektive – heute. Lesung mit Prof. Dr. Michael Jeismann, Historiker; Veranstaltung d. Deutschen Gesellschaft u.a.; Ort: Besucherzentrum d. Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

30.6. (Do), ab 14.00 Uhr:

Besuchertag. Abendveranstaltung 18.00 Uhr: „Der gute Vater – eine Tochter klagt an“. Filmvorführung u. Gespräch mit Yoash Tatari, Beate Niemann u. Henry Leide; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Dresden; Ort: Außenstelle Dresden, Seiteneingang C, Riesaer Str. 7, 01129 Dresden

30.6. (Do), 19.00 Uhr:

„...weine ich täglich um meinen Vater“. In der Gewalt Stalins und der SED. Vortrag mit Buchvorstellung v. Dr. Ronny Kabus; Veranstaltung d. Schlesischen Museums zu Görlitz u.d. FES; Ort: Schlesisches Museum, Eingang Fischmarkt 5, 02826 Görlitz



Aufrechter Gang

30.6. (Do), 20.00 Uhr:

„**Hafthaus**“ von Ralf-Günther Krolkiewicz. Theateraufführung des theaters 89 am authentischen Ort. Veranstaltung d. Potsdam-Museums – Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 u.a.; Ort: Gedenkstätte Lindenstraße, Lindenstr. 54/55, 14467 Potsdam

7.7. (Do), 19.00 Uhr:

Wie die SED Moskaus Widerstand gegen den Mauerbau brach. Lesung u. Gespräch mit Prof. Hope M. Harrison, George-Washington-University, Washington DC; Veranstaltung d. Potsdam-Museums – Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 u.a.; Ort: Gedenkstätte Lindenstraße, Lindenstr. 54/55, 14467 Potsdam

12.7. (Di), 19.00 Uhr:

Geheime Agentin. Buchvorstellung mit Bernd-Rainer Barth; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus/Stalinismus; Ort: Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

13.7. (Mi), 18.00 Uhr:

Stalin und der Große Terror. Vortrag v. Jörg Barberowski, Humboldt-Universität Berlin; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

26.7. (Di), 19.00 Uhr:

Katyn – Das zweifache Trauma der Polen. Buchvorstellung mit Franz Kadell; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus/Stalinismus; Ort: Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

27.7. (Mi), 19.00 Uhr:

Der Mauerbau – vier Historiker, vier Interpretationen. Kurzvorträge u. Podiumsdiskussion mit Prof. Hope Harrison, Dr. Gerhard Wettig, Prof. Manfred Wilke u. Dr. Jens Schöne; Veranstaltung d. Gedenkstätte Berliner Mauer u.a.; Besucherzentrum d. Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

28.7. (Do), ab 14.00 Uhr:

Besuchertag. Abendveranstaltung 18.00 Uhr: Die Nadel im Ozean. Letzte Flucht am Checkpoint Charlie. Lesung u. Gespräch mit Hans-Peter Spitzner; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Dresden; Ort: Außenstelle Dresden, Seiteneingang C, Riesaer Str. 7, 01129 Dresden

28.7. (Do), 19.00 Uhr:

Beim Leben meiner Enkel. Wie eine DDR-Flucht zum Familiendrama wurde. Lesung u. Gespräch mit Autorin Heike Otto; Veranstaltung d. Erinnerungstätte Notaufnahmelager Marienfelde u.a.; Ort: Bildungszentrum d. BStU, Zimmerstr. 90/91, 10117 Berlin

(VT)Karl Zschörnig wuchs mit vielen Geschwistern in einem kleinen Dorf in Sachsen auf. Schon früh mußte er Verantwortung übernehmen, auf seine jüngeren Geschwister aufpassen und Pflichten in Haus und Garten erfüllen. Geld und Lebensmittel waren meist knapp. Die Lage der Familie wurde noch schwieriger, als der Vater an die Ostfront geschickt wurde und später an den Folgen seiner Kriegsgefangenschaft starb.

Karl suchte sich so schnell wie möglich eine Lehrstelle, er unterstützte seine Mutter und die Geschwister. Weil er seinen erlernten Beruf als Bäcker nicht ausüben durfte – der Zonenwirtschaftsrat hatte beschlossen, nur noch Frauen zuzulassen, damit mehr Männer für den Uranbergbau im Erzgebirge zur Verfügung stünden –, ging er zur Volkspolizei in Sachsen. Nach beendeter Ausbildung jedoch wurde er nicht als Polizist eingesetzt, sondern zum Panzerfahrer weitergebildet. Karl wurde klar, daß er einer illegalen, neu aufgestellten Militäreinheit angehörte. Er bestand darauf, entsprechend seines Vertrages im Polizeidienst beschäftigt zu werden, wurde daraufhin festgenommen und zu drei Jahren Haft verurteilt. Folter und Mißhandlung folgten. Weil ihn auch nach seiner Entlassung die Staatssicherheit weiter beobachtete, floh er 1954 mit seiner Frau, deren Mutter und zwei Kindern in den Westen.

.....
Karl Zschörnig: Vom Dritten Reich zur DDR. Meine Kindheit und Jugend in Sachsen 1932-1954, aus der Volksbund Reihe „Erzählen ist Erinnern“, Kassel 2010, 236 S., 13,80 €, Bezug über den Autor, Tel. (023 03) 122 84

Buchtip

Richard Buchner Terror und Ideologie

Zur Eskalation der Gewalt im Leninismus und Stalinismus 1905-1937/1941. Mit einem Ausblick bis 1991
 Leipziger Universitätsverlag 2011, 540 S., 44,00 €

(VT) Der vorliegende Band analysiert, wie Gewalt in ihren mannigfachen Ausprägungen als durchgängig konstituierendes Element der Machtausübung in der Sowjetunion bereits seit den ersten Jahren nach der Oktoberrevolution, die Lenin und Trotzki an der Spitze des neuen Staates sahen, als Grundzug hervortrat.

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Juni und Juli Geburtstag haben

Hans Hintz am 2. Juni, Margrit Schulze am 3. Juni, Rudolf Zenker am 5. Juni, Ursula Geipel am 6. Juni, Ralf-Rainer Felden am 10. Juni, Joachim Jacob, Roland Weise am 12. Juni, Horst Engelbrecht am 14. Juni, Horst Verworner am 16. Juni, Hans Walter am 19. Juni, Bernhard Cofalla am 20. Juni, Anna-Liese Pahl, Helmut Schröder, Klaus-Peter Weiß am 22. Juni, Hans-Joachim Bochow am 23. Juni, Ingeborg Schlünz am 26. Juni, Angelika Rösch am 27. Juni, Walter Schulze am 29. Juni, Siegfried Raßbach am 1. Juli, Evelyn Trunschke-Krüger am 4. Juli, Asnath Boggasch, Werner Jahn, Michael Teltz, Otto Wienke am 5. Juli, Hartmut Rührdanz am 7. Juli, Lotte Ohnezeit, Herbert Pfaff am 8. Juli, Theo Mittrup am 14. Juli, Jutta Liefeldt am 16. Juli, Irene Gobereit am 17. Juli, Christel Hofmann am 19. Juli, Sigrud Lorenz am 20. Juli, Chris Milcke am 21. Juli, Heinz Pahl am 22. Juli, Helmut Kuhn,



UOKG-Beratungsstelle

Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin
 Besucheradresse: Frankfurter Allee 187, Haus 14, 10365 Berlin
 Fax (030) 55 77 93 40

Florian Kresse, Jurist, Mo-Do 10-16 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 53
 E-Mail kresse@uokg.de

Carola Schulze, Di-Fr 10-16 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 52
 E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption), Mo-Fr 10-16 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 54
 E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 49 63 34, Fax (030) 55 49 63 32, E-Mail bsv-beratung@gmx.de
 Besucheradresse: Frankfurter Allee 187, Haus 14, 10365 Berlin

Elke Weise, Juristin, Di 9-18 Uhr, Mi u. Do 10-16 Uhr

Heidi Kulik, Di u. Do 8-15 Uhr, Mi 9-17 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Monika Munki am 24. Juli, Jürgen Kurt Wenzel am 25. Juli, Ute Görge-Waterstraat am 26. Juli, Hans-Joachim Wolf am 28. Juli, Heinz Keller am 29. Juli

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

Herzlichen Dank unseren Spendern

Lieselotte Karpinski, Horst Kerkow, Harry Kirsten, Günter Koch, Erwin Nigrin, Erwin Pietrack, Hans-Jürgen Rief, Ingeborg Schlünz

BSV Berlin-Brandenburg

Besonders danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Heinz Bär, Manfred Böttrich, Almuth Braun, Gerhard Brose, Ute Frester, Jan George, Günter Gienow, Kurt Göringer, Karl-Heinz Hager, IG Internierungslager Jamlitz, Fritz Jurischka, Günter Koch, Rolf u. Ruth Lohse, Fritz Mathei, Dr. Jürgen Miersch, Gisela u. Günter Müller-Hellwig, Karin Müller-Wrede, Ruprecht v. Poncet, Eike Christine Radewahn, Rolf Raible, Ilse Richter, Kurt F. Scholz, Walter Schulz, Helmut u. Eva Tisch, Hugo Weiß, Reiner Wetzig, Ruth Wilms, H. Wüstemann

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-Spende“

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia
E-Mail: bsvbb@yahoo.de

Sprechzeiten: Mi 9-17 Uhr

BSV-Förderverein für Beratungen

Geschäftsstelle
Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Besucheradresse: Frankfurter Allee 187, Haus 14, 10365 Berlin
Telefon (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 32
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48
Nr. 665 52 45 01

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Bundesvorsitzender: Rainer Wagner
Verbandekoordination: Carola Schulze, Florian Kresse
Sprechzeiten: Mo-Fr 16-18 Uhr
Tel. (030) 55 77 93-52/-53, Fax -40
Leiter der Geschäftsstelle: Theo Mittrup, Tel. (030) 55 77 93-51
Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Besucheradresse: Frankfurter Allee 187, Haus 14, 10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728, Deutsche Bank, BLZ 100 700 24

Westkreuz-Druckerei Ahrens KG, Postfach 490280, 12282 Berlin
PVSt. DPAG, Entgelt bezahlt. 13017

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31
E-Mail: der-stacheldraht@web.de
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, BIC (SWIFT) DEUT DE DB110, IBAN DE58 100 708 480 6655245 01

BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Verlag: Westkreuz-Verlag GmbH Berlin/Bonn, Postfach 49 02 80, 12282 Berlin,
Telefon (030) 7 45 20 47, Fax (030) 7 45 30 66
Verkaufspreis 1,- Euro
Auflagenhöhe 10 300

Herstellung und Vertrieb: Westkreuz-Druckerei Ahrens KG Berlin/Bonn, Töpchiner Weg 198/200, 12309 Berlin
E-Mail: druck@westkreuz.de, Internet: www.westkreuz.de

Bezug über die Redaktion
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 27. Mai 2011



Achtung

Das alte Spenden-Konto des stacheldrahts wird endgültig zum Juli dieses Jahres geschlossen. Deshalb gilt nur noch die Kontonummer 665 52 45 01, BLZ 100 708 48. Bei falscher Kontonummer werden die Beträge zurückgebucht.